

ZEUGENSCHRIFTTUM

25-517-1

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
Winkler, Max Dr.Ltr. HTO	517	I	
katalogisiert Seite: 59 - 80			
Sachkatalog:  Presse III. - Lenkung Volkstum III - Fertigung	Personen:  Winkler, Max Dr.Ltr.HTO		
katalogisiert Seite: 81 - 91			
Sachkatalog:  Presse V - Saarbrücker Ztg. Auslandsdeutschum II-Dt.Stiftung " - Concordia " - Ossa-Vermittlungs-GmbH " - Landw.Bank (Danzig) " - Cautio-Treuhandges.	Personen:  Winkler, Max Dr.Ltr.HTO Starke, Gottfried Kraemer-Möllenberg		
katalogisiert:Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
Winkler, Max Dr.Ltr.HTO	517	I	
katalogisiert Seite: 1-7			
Sachkatalog:		Personen:	
Bes.Geb. B II - HTO		Winkler, Max Dr.Ltr.HTO	
Reichshauptkasse		Schwerin v.Krosigk, Lutz,Grf.RFM	
RFM (C) - HTO			
katalogisiert Seite: 8-39			
Sachkatalog:		Personen:	
Juden III - Vermögen		Winkler, Max Dr.Ltr.HTO	
SS II - 1.Stabs HA/RKF		Greifelt, Ulrich,SS-Ogruf.	
Eingegl.Geb. IV - 1.Wirtschaft			
SS III - Verh.z. HTO			
Bes.Geb. B II - HTO			
Volkstum II - Deutsche Umsiedlungs- treuhandgesellschaft			
Volkstum II - Ostdeutsche Landbewirt- schaftungsgesellschaft			
Presse I Verlage			
katalogisiert Seite: 46-58			
Sachkatalog:		Personen:	
Volkstum II - Ostdt.Landbewirt- schaftungsgesellschaft		Winkler, Max Dr.Ltr. HTO	
Eingegl.Geb. IV - 1.Wirtschaft		Darré, Walter.REM	
katalogisiert Seite: 40-45			
Sachkatalog:		Personen:	
Verlage - Ullstein		Winkler, Max Dr.Ltr. HTO	
		Funk, Walther.RWim	

Aus dem Besitze des RA. Fritsch, <sup>25-517</sup> -3  
Augsburg. (Vert. Fall VII u. XI)

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Dr.h.c. Max W i n k l e r, z.Zt. Nürnberg, Gerichtsgefängnis, bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof im Justizpalast Nürnberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

Ich war Leiter der Haupttreuhandstelle Ost (HTO) Berlin, Potsdamerstrasse 28.

Die HTO war eine selbständige Dienststelle des Vierjahresplans zur Durchführung der Verordnungen über die Sicherstellung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates (vom 15.Jan.1940 RGBl. I, Seite 174) und zur Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates in den in das deutsche Reich eingegliederten Ostgebieten (vom 17.Sept.1940 RGBl. I, Seite 1270).

Die Dienstaufsicht führte der Vierjahresplan. Den einzelnen Reichsministerien stand weder die Aufsicht noch eine Anordnungsbefugnis zu.

Die HTO hatte die treuhänderische Vermögensverwaltung der in der Verordnung genannten Vermögensmassen. Infolge des Umfanges der zum Geschäftsbereich der HTO sowohl an Zahl als auch an wirtschaftlicher Bedeutung gehörigen Unternehmen und Vermögensobjekten nahm die Leitung der HTO von sich aus zu dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsfinanzministerium Beziehungen auf. So entsandte auf mein Ersuchen das Reichswirtschaftsministerium je einen Oberregierungsrat als Mitarbeiter in die Abteilungen Industrie und Banken der HTO. Der Reichsminister der Finanzen (RdF) bestellte für sein Ressort den Ministerialrat Maedel zum Referenten. Daneben hielt ich als Leiter der HTO Verbindung zu den Chefs der beiden Ministerien, um generelle Fragen vor endgültiger Stellungnahm

erörtern zu können. Ich nenne hier zwei Beispiele:  
 Im Jahre 1940 war von der mir unmittelbar vorgesetzten Dienststelle, nämlich dem Beauftragten für den Vierjahresplan das Verlangen gestellt worden, den Hermann-Göring-Werken eine grosse Anzahl von Kohlengruben und Feldern zu überlassen. Ich suchte die beiden genannten Minister, also auch Graf Schwerin v. Krosigk auf, um ihnen meine ablehnende Einstellung mitzuteilen und ihre Unterstützung zu erbitten. Graf Schwerin v. Krosigk galt als besonders korrekt und von jeder Parteidoktrin entfernt sachlich denkend. Ich erhielt dann auch seine Zusage, mich erforderlichenfalls zu unterstützen, soweit das Reichsfinanzministerium aus irgendwelchen Gründen sachlich mit der Angelegenheit befasst werden würde.

Der zweite Fall der mir in Erinnerung ist betrifft folgendes: Meine Dienststelle in Posen hatte ein Fleischereigeschäft abgegeben, weil dieser Handwerksbetrieb durch einen Treuhänder nicht geführt werden konnte. Der Oberfinanzpräsident Posen hatte auf Grund der steuerlichen Ermittlungen von dem Kaufpreis erfahren und dem Reichsfinanzminister mitgeteilt, dass der Betrieb zu billig verkauft, ja geradezu verschleudert worden sei. Die Nachprüfung ergab, dass der Kaufpreis durch Sachverständige ordnungsmässig ermittelt, auch ein angemessener Betrag für den Firmenwert eingesetzt worden war. Um nun ähnliche, schon durch einen solchen Bericht schädigende Vorkommnisse für die HTO auszuschliessen, schlug ich vor, dass meine Dienststelle vor endgültiger Festlegung des Kaufpreises eines Betriebes sich mit dem örtlichen Finanzamt in Verbindung setzen sollte um festzustellen, ob anhand der steuerlichen Unterlagen gegen die Höhe des Preises allgemein Bedenken zu erheben seien.

Die Zusammenarbeit mit dem Spezialreferenten des ~~RdF~~ gestaltete sich nicht befriedigend, da er wiederholt davon ausging, dass die Einnahmen der HTO aus Erlösen und Betriebsgewinnen dem RdF. zur Verfügung gestellt werden sollten. Die HTO hatte die Einnahmen auf Konten der Treuhandstellen bei örtlichen Banken und soweit grössere Bestände und Erlöse in die Verwaltung der HTO Berlin übergangen bei den Banken in Berlin angelegt. Ein erheblicher Teil des Geldvorrates wurde von mir auch zum Ankauf von Reichsschatzanweisungen und Reichsschatzwechseln verwendet und die erworbenen Stücke in den Depots der Banken aufbewahrt. Der Vertreter des RdF. trat wiederholt

mit dem Ersuchen hervor, die Geldbestände bei der Reichshauptkasse einzuzahlen. Da auch bei Beratungen mit den Leitern der örtlichen Treuhandstellen über laufende Geschäftsvorgänge, die bei dem Leiter der HTO unter Beteiligung des Vertreters des Vierjahresplans, des RdF und RWM in Abständen stattfanden, sich Meinungsverschiedenheiten mit dem Vertreter des RdF ergaben, trug ich die Angelegenheit dem RdF vor. Graf Schwerin v. Krosigk trat meiner Auffassung, dass es sich um Vermögen der Treuhandverwaltung und nicht um Reichsgelder handle bei und versprach, entsprechende Anweisungen in seinem Ministerium zu geben.

Kurze Zeit darauf wurde anstelle von Maedel der Oberfinanzpräsident Dr. Casdorf zum Generalreferenten des RdF für die Angelegenheiten HTO bestellt. Die Zusammenarbeit entwickelte sich jetzt im Sinne meiner Erörterung mit Graf Schwerin v. Krosigk reibungslos.

Etwa Mitte 1942 hatten die Guthabekonten bei den Banken (Geld und Depot der Reichsanleihen) den Betrag von 5 - 600 Millionen Mark erreicht. Casdorf regte nun wiederholt an, anstelle der Banken die Reichshauptkasse als Bankdepotstelle zu benutzen. Bei einer persönlichen Rücksprache mit dem RdF fragte ich ihn, ob die Reichshauptkasse auch die Verpflichtung übernehme, jederzeit sämtliche Beträge auf Erfordern an die HTO zurückzuzahlen. Graf Schwerin v. Krosigk gab diese Zusage ab und begründete den Wunsch der Anlage der Gelder bei der Reichshauptkasse damit, dass man die Ausgaben und Spesen für die Reichsanleihestücke ersparen könne. Ich habe im Einverständnis mit dem Vierjahresplan dann das Depotkonto der HTO bei der Reichshauptkasse errichten lassen und die Depots von den Banken nach und nach überführt. Die Reichshauptkasse arbeitete somit nur für mich genauso wie eine andere Bank, d.h. ich hatte dort Gelder auf Konto angelegt, die mir jederzeit wie bei einer anderen Bank zur Verfügung standen.

Nürnberg, den 7.4.1948

.....  
*Max Winkler*

Die umstehende Unterschrift des Herrn Ir.h.c. Max  
Winkler, z.Zt. Nürnberg, Gerichtsgefängnis (Hospital),  
dessen Persönlichkeit durch den unterzeichneten Rechts-  
anwalt St. Fritsch, Defense Counsel, festgestellt wurde,  
wird hiermit beglaubigt und von mir bezeugt.

Nürnberg, den 7.4.1948

*Max Winkler*

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Verd. d. Erkel.  
v. 6. 5. 48

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aus dem Besitz des RA. Fritsch,

Augsburg. (Vert. Fall VII u. XI)

23-577-8

1386/54

Kob v Mei

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Dr.h.c. Max W i n k l e r, geb. am 7. Sept. 1875 in Karrasch, Krs. Rosenberg/Westpr., wohnhaft in Suderburg Krs. Uelzen, z.Zt. Nuernberg, Prison Hospital, bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eides Statt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militaergerichtshof im Justizpalast Nuernberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

Ich war Leiter der Haupttreuhandstelle Ost (HTO) Berlin, Potsdamer Str. 28.

Die im Herbst 1939 von Goering als Vorsitzendem des Ministerrats fuer die Reichsverteidigung und Beauftragten fuer den Vierjahresplan errichtete HTO war eine dem Beauftragten fuer den Vierjahresplan unmittelbar unterstehende selbststaendige Dienststelle. Die einzelnen Reichsministerien hatten gegenueber der HTO weder Aufsichtsrechte noch Anordnungsbefugnisse.

Der HTO oblag die Durchfuehrung der Verordnungen ueber die Sicherstellung des Vermoegens des ehemaligen polnischen Staates (vom 15. Jan. 1940 RGBl. I, Seite 174) und zur Behandlung von Vermoegen der Angehoerigen des ehemaligen polnischen Staates in den in das Deutsche Reich eingegliederten Ostgebieten (vom 17. Sept. 1940 RGBl. I, Seite 1270).

Die HTO hatte die treuhaenderische Vermoegensverwaltung der in der Verordnung genannten Vermoegensmassen. Infolge des Umfangs der zum Geschaefsbereich der HTO sowohl an Zahl als auch an wirtschaftlicher Bedeutung gehoerigen Unternehmen und Vermoegensobjekten nahm die Leitung der HTO von sich aus zu dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsfinanzministerium Beziehungen auf. So entsandte auf mein Ersuchen das Reichswirtschaftsministerium je einen

25 577-70  
Oberregierungsrat als Mitarbeiter in die Abteilungen Industrie und Banken der HTO. Der Reichsminister der Finanzen (RdF) bestellte fuer sein Ressort den Ministerialrat Maedel zum Referenten. Daneben hielt ich als Leiter der HTO Verbindung zu den Chefs der beiden Ministerien, um generelle Fragen vor endgueltiger Stellungnahme eroertern zu koennen. Ich nenne hier zwei Beispiele: Im Jahre 1940 war von der mir unmittelbar vorgesetzten Dienststelle, naemlich dem Beauftragten fuer den Vierjahresplan das Verlangen gestellt worden, den Hermann-Goering-Werken eine grosse Anzahl von Kohlengruben und Feldern zu ueberlassen. Ich suchte die beiden genannten Minister, also auch Graf Schwerin v. Krosigk auf, um ihnen meine ablehnende Einstellung mitzuteilen und ihre Unterstuetzung zu erbitten. Graf Schwerin v. Krosigk galt als besonders korrekt und von jeder Parteidoktrin entfernt sachlich denkend. Ich erhielt dann auch seine Zusage, mich erforderlichenfalls zu unterstuetzen, soweit das Reichsfinanzministerium aus irgendwelchen Gruenden sachlich mit der Angelegenheit befasst werden wuerde.

Der zweite Fall, der mir in Erinnerung ist, betrifft folgendes: Meine Dienststelle in Posen hatte ein Fleischereigeschaeft abgegeben, weil dieser Handwerksbetrieb durch einen Freuhaender nicht gefuehrt werden konnte. Der Oberfinanzpraesident Posen hatte auf Grund der steuerlichen Ermittlungen von dem Kaufpreis erfahren und dem Reichsfinanzminister mitgeteilt, dass der Betrieb zu billig verkauft, ja geradezu verschleudert worden sei. Die Nachpruefung ergab, dass der Kaufpreis durch Sachverstaendige ordnungsgemaessig ermittelt, auch ein angemessener Betrag fuer den Firmenwert eingesetzt worden war. Um nun aehnliche, schon durch einen solchen Bericht schaedigende Vorkommnisse fuer die HTO auszuschliessen, schlug ich vor, dass meine Dienststelle vor endgueltiger Festlegung des Kaufpreises eines Betriebes sich mit dem oertlichen Finanzamt in Verbindung setzen sollte, um festzustellen, ob anhand der steuerlichen Unterlagen gegen die Hoehe des Preises allgemein Bedenken zu erheben seien.

25-577-77  
Die Zusammenarbeit mit dem Spezialreferenten des RdF. gestaltete sich nicht befriedigend, da er wiederholt davon ausging, dass die Einnahmen der HTO aus Erloesen und Betriebsgewinnen des RdF. zur Verfuegung gestellt werden sollten. Die HTO hatte die Einnahmen auf Konten der Treuhandstellen bei oertlichen Banken und, soweit groessere Bestaende und Erloese in die Verwaltung der HTO Berlin uebergingen, bei den Banken in Berlin angelegt. Ein erheblicher Teil des Geldvorrates wurde von mir auch zum Ankauf von Reichsschatzanweisungen und Reichsschatzwechseln verwendet und die erworbenen Stuecke in den Depots der Banken aufbewahrt. Der Vertreter des RdF. trat wiederholt mit dem Ersuchen hervor, die Geldbestaende bei der Reichshauptkasse einzuzahlen. Da auch bei Beratungen mit den Leitern der oertlichen Treuhandstellen ueber laufende Geschaeftsvorgaenge, die bei dem Leiter der HTO unter Beteiligung des Vertreters des Vierjahresplans, des RdF und RSW in Abstimmung stattfanden, sich Meinungsverschiedenheiten mit dem Vertreter des RdF ergaben, trug ich die Angelegenheit dem RdF. vor. Graf Schwerin v. Krosigk trat meiner Auffassung, dass es sich um Vermoegen der Treuhandverwaltung und nicht um Reichsgelder handle, bei und versprach, entsprechende Anweisungen in seinem Ministerium zu geben.

Kurze Zeit darauf wurde anstelle von Maedel der Oberfinanzpraesident Dr. Casdorf zum Generalreferenten des RdF fuer die Angelegenheiten HTO bestellt. Die Zusammenarbeit entwickelte sich jetzt im Sinne meiner Eroerterung mit Graf Schwerin v. Krosigk reibungslos.

Etwa Mitte 1942 hatten die Guthabekonten bei den Banken (Geld und Depot der Reichsanleihen) den Betrag von 5 bis 600 Millionen Mark erreicht. Casdorf regte nun wiederholt an, anstelle der Banken die Reichshauptkasse als Bankdepotstelle zu benutzen. Bei einer persoenlichen Ruecksprache mit dem RdF fragte ich ihn, ob die Reichshauptkasse auch die Verpflichtung uebernehme, jederzeit saentliche Betraege auf Erfordern an die HTO zurueckzuzahlen. Graf Schwerin v. Krosigk gab diese Zusicherung ab und begruendete den Wunsch der Anlage der Gelder bei der Reichshauptkasse damit, dass man die Ausgaben und Spesen fuer die Reichsanleihenstuecke ersparen

00008

koenne. Ich habe im Einverstaendnis mit dem Vierjahresplan dann das Depotkonto der HTO bei der Reichshauptkasse errichten lassen und die Depots von den Banken nach und nach ueberfuehrt. Die Reichshauptkasse arbeitete somit nur fuer sich genau so wie eine andere Bank, d.h. ich hatte dort Gelder auf Konto angelegt, die mir jederzeit wie bei einer anderen Bank zur Verfuegung standen.

Nuernberg, den 6. Mai 1948

Max Winkler

Intený v. 23.4.42

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte  
Frankfurt  
ARCHIV  
1948/56

hat v. Her

V. VERHEMUNG

des Max WINKLER  
durch: Dr. RMW Kempner  
Present: I. Mrs. Renteln, II. Miss Lester  
am 23. April 1947  
Stenografini: Else Baer

Es erscheint vorgeführt aus der Haft Herr Max WINKLER,  
geboren 6. Januar 1893 in Grossbreitenbach, Prov. Thüringen.

F.: Was war Ihre letzte Stellung im dritten Reich ?

A.: Staetdtischer Buercoangestellter.

F.: Staetdtischer Buercoangestellter ? Weshalb sind Sie in Haft ?

A.: Das weiss ich nicht.

F.: Sie wissen nicht warum Sie in Haft sind ? Von wem wurden Sie  
verhaftet ?

A.: Die Kriminalpolizei hat mich gesucht. Ich war in Hamburg.

F.: Waren Sie Mitglied der Partei ?

A.: Ja.

F.: Wie lange ?

A.: Seit 1932.

F.: Was haben Sie auf dem Kerbholz ?

A.: Mir ist nichts bewusst.

F.: Sie werden irgendwelche dunklen Punkte haben.

A.: Mir ist nichts bewusst.

F.: Wo waren Sie waehrend des Krieges ?

A.: Bei der Behoerde der staetdtischen Sozialverwaltung in Altona,  
seit 1934.

F.: Wer war Ihr Buergermeister ?

A.: Daniel Brix.

F.: Waren Sie ein rabiater Naiz ?

A.: Nein.

F.: Sie sind jetzt verhaftet worden ?

A.: Ja, vorgeladen.

F.: Sie wissen nicht, warum Sie hier sind ?

A.: Nein.

F.: Sind Sie fruher schon einmal verhaftet gewesen ?

A.: Nein.

F.: Sind Sie verheiratet ?

A.: Ja.

F.: Waren Sie zuletzt in Stellung ?

A.: Ja als Arbeiter.

F.: Was hat Ihnen die Kriminalpolizei gesagt ?

A.: Ich sollte nach hier als Zeuge. Ob ich einen Ministerialrat kenne.

F.: Was fuer einen ?

A.: Das sagten sie nicht., sie wussten auch nicht, um was es sich hier handelt.

F.: Sie waren staeddtischer Angestellter ?

A.: Ja.

F.: Sie wissen von Deportationen von Juden ?

A.: Ja, aber ich hatte damit nichts zu tun.

F.: Gab es in Altona Juden ?

A.: Ja.

F.: Wissen Sie, dass im dritten Reich viele Leute ermordet wurden ?

A.: Das weiss ich nicht.

F.: Wo war das naechste KZ ?

A.: In Neuengamme.

F.: War das ein Sanatorium oder eine Moerderhoehle ? Ja oder nein ?

A.: Das kann ich nicht entscheiden.

F.: Wissen Sie, dass Leute in Fussbaettel umgebracht worden sind ?

A.: Nein.

F.: Wie lange wohnen Sie in Altona ?

A.: Seit 1910.

F.: Wer war Ihr Stadtvorsteher vor 1933 ?

A.: Das weiss ich nicht.

F.: Wer war Ihr Buergermeister vor 1933 ?

A.: Dr. Brauer.

F.: Warum ist er ausser Lande gegangen ?

A.: Das weiss ich nicht.

F.: Ist er aus Vergnuegen gegangen oder weil ihr ihn rausgeschmissen habt ?

A.: Das weiss ich nicht.

- F.: Waren Sie Abonnent nationalsozialistischer Zeitungen ?
- A.: Nein.
- F.: Was haben Sie fuer Zeitungen gelesen ?
- A.: Den "Voelkischen Beobachter".
- F.: Warum schwindeln Sie hier so, das ist alles unwahr, was sie hier gesagt haben. Das ist doch glatter Schwindel, Sie wussten was in der Welt vorging.
- A.: Nein.
- F.: Warum haben Sie eben die Unwahrheit gesagt ?
- A.: Wieso habe ich die Unwahrheit gesagt ?
- F.: Sie wissen doch ueber die politischen Dinge des Nationalsozialismus bescheid. - Haben Sie ein Attentat auf Hitler gemacht ?
- A.: Nein.
- F.: Haben Sie <sup>den Nazis gegenüber</sup> sich anstaendig benommen oder haben Sie die <sup>Partei</sup> Leute betrogen ?
- A.: Nein.
- F.: Was war der hoechste Posten den Sie hatten ?
- A.: Angestellter.
- F.: In der Partei ?
- A.: Ortsgruppen-Propagandaleiter.
- F.: Sie haben Propaganda gemacht ?
- A.: Ja.
- F.: Sie haben gesagt, das dritte Reich ist eine herrliche Sache ?
- A.: Ja.
- F.: Haben Sie gesagt, die Juden sind eine herrliche Sache und es mussten noch mehr nach Deutschland kommen ?
- A.: Nein.
- F.: Wer war Ihr Gauleiter ?
- A.: Kaufmann.
- F.: Wer das ein Moerder ?
- A.: Nein.
- F.: Wer war <sup>der</sup> ~~Ihr~~ Vorgesetzter von Kaufmann ?
- A.: Reichsinnenminister Dr. Frick.
- F.: Was ist mit dem geschehen ?
- A.: Er ist hingerichtet worden.

- F.: Warum ?
- A.: Weil er ein Mörder war.
- F.: Stehen Sie immer noch zu den Prinzipien des dritten Reiches ?
- A.: Nein
- F.: Warum nicht ?
- A.: Weil es so gekommen ist.
- F.: Was heisst das ?
- F.: Durch die Untaten die sie gemacht haben, das haben wir nicht gewusst.
- F.: Wo waren Sie am 8. November 1933 ?
- A.: In Altona.
- F.: Was ist da geschehen ? Da haben <sup>Lauter</sup> Ihre die juedischen Laeden eingeschmissen. Ihre Propaganda hat da mitgewirkt.
- A.: Damit hatte ich nichts zu tun.
- F.: Haben Sie gesagt "das war uebel was ihr getan habt" ? Sagen Sie die Wahrheit.
- A.: In Altona wohnten nicht viel Juden.
- F.: Man kann es auch bei <sup>drei</sup> machen.
- A.: Daran war ich nicht beteiligt, da war ich im Beruf.
- F.: Wieviel Stunden haben Sie gearbeitet ?
- A.: 9 bis 10 Stunden.
- F.: Wieviel Zeit haben Sie Ihrer Propaganda gewidmet ?
- A.: Dreimal in der Woche je 2 Stunden.
- F.: Haben Sie auch in Ihren Dienststunden Propaganda getrieben ?  
Haben Sie sich <sup>während des Dienstes mit</sup> mit den Parteiangelegenheiten <sup>cu</sup> befasst ?
- A.: Ich habe keine gemacht.
- F.: Wieviel Stunden waehrend des Dienstes haben Sie Propaganda getrieben ?
- A.: Im Dienst habe ich keine gemacht.
- F.: Wer ist Ihr Vorgesetzter jetzt ?
- A.: Wo ich arbeite ? Tierbaufirma EHLERS in Hamburg, Hermannstr.7.  
Von da aus bin ich vermittelt nach den staedtischen Geswerken.
- F.: Was machen Sie da ? Arbeiten Sie oder treiben Sie Propaganda fuer das fruehere dritte Reich ? Vielleicht gehoeren Sie einer Untergrundbewegung an ?

A.: Ich gehöre keiner Partei mehr an.

F.: Können Sie das alles beschweren was Sie eben sagten. Wenn es die Wahrheit ist, dann hören Sie die Eidenformel und sprechen mir am Ende die Worte nach 'Ich schwöre es'

A.: Ich schwöre es.

.....  
Dr. Robert M.W. Kempner

.....  
Irene Kenteln

.....  
Jane Lester

.....  
Elise Roser

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Interview v. 2.8.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1948/56

Kriegsverbrecher des Max WINKLER,  
Chef der Haupttreubhandstelle Ost,  
durch den amerikanischen Anklagevertreter *kat v. Mei*  
Dr. Robert H.V. KUNNING.

ZS-577-20

Dr. Koenig: Wir sprachen vor einigen Tagen zusammen, Herr Max Winkler, stimmt das?  
Winkler: Jawohl.

K.: Sagten Sie mir an diesem Tag, dass Sie ueber die Festung von Juden und  
Polen in Ostern erschuettert waren?

W.: Jawohl, als ich darueber gehoert habe, bin ich sehr erschuettert gewesen.

K.: Sagten Sie mir an diesem Tage, dass Sie verschiedenen Leuten darueber  
berichtet und mit ihnen ueber diese entsetzlichen Dinge, die in Ostern  
vorgekommen sind, gesprochen haben?

W.: Ja, nachdem ich davon erfahren habe, habe ich mit Bekannten darueber ge-  
sprochen und habe meiner Erschuetterung Ausdruck gegeben.

K.: Sie sprachen ueber diese Dinge mit den Vertretern des Auswaertigen Amtes  
in Ostern?

W.: Nein, ich kann mich nicht entsinnen. Ich habe in Lager in Wessendorf mit  
einem Botschafter aus Schweden zusammengesessen, mit dem habe ich sicher  
ueber die Dinge auch gesprochen.

K.: Nein, ich beziehe mich auf Ihr Gesprach mit verschiedenen Leuten, bei  
denen Sie sich weit zurueck in den Jahren 1943, 42, 41 und 40 ueber diese  
unerhoerten Morde, die in Ostern vor sich gingen, beklagten.

W.: Nein, ich kann den Zeitpunkt nicht angeben, aber 1940, 41 und auch 1942,  
43 ist mir von diesen Morden noch nichts bekannt gewesen.

K.: Wann haben Sie zum ersten Male von diesen Morden in Ostern gehoert?

W.: Gegen Ende des Krieges, vielleicht Ende 1944.

K.: Sie kannten in Deutschland, Heilmann (buchstabierend) H-o-l-l-a-n-d-n-n,  
Ernst Heilmann?

W.: Jawohl, den habe ich gekannt.

K.: Sie wussten auch, dass er in einem Konzentrationlager getoetet wurde?

W.: Nein, Herr Vertreter der Anklage, ich habe das erst von Ihnen gehoert.  
Ich hatte nur gehoert, dass Herr Heilmann in einem koerperlich sehr  
slechten Zustand aus seinem Konzentrationlager entlassen worden sei,  
wenn das gewesen ist, aber, weiss ich nicht.

K.: Sie wissen, dass Herr Klausener in Deutschland getötet wurde, der Führer der katholischen Bewegung in Deutschland?

W.: Nein, das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass er damals ..... Sie meinen den Herrn Ministerialdirektor? Ich weiß nur, dass er damals schon mit dem SO. .... am 20. Juni 1934.

K.: War das ein Mordmord?

W.: Ja, meines Wissens in dem Mordmord, aber ich weiß es nicht genau, ich habe nur gehört, dass er umgekommen ist.

K.: War es ein Mordmord oder nicht? Sie sind Jurist, so weit ich weiß.

Verteidiger DR. GÄRLICH: Herr Präsident, ich erhebe Einspruch gegen diese Frage. Das ist eine Rechtsfrage, die der Menge gar nicht beantwortet kann, da er gar nicht Rechtsexperte ist.

FRUCHT: Ich bin nicht Rechtsanwalt, ich habe nie Jura studiert.

Dr. KEMPFER: Herr Präsident, der Menge wurde vorher von Herrn Gärlich gefragt, ob seine eigenen Aktionen mit gewissen gesetzmässigen Aktionen von amerikanischen oder anderen Besatzungsmächten verglichen werden könnten. Ich glaube daher, dass er diese sehr einfache Frage, ob er die Tötungen am 20. Juni 1934 als Mord betrachtet oder nicht, beantworten kann. Er hat, soviel ich weiss, ehrenhalber den Dr. jur. Titel erhalten.

VORSITZENDER: Gut, der Ausdruck "Mord" ist nicht ausschliesslich ein geistlicher. Er hat sowohl eine Bedeutung fuer Laien als auch fuer Juristen. Er soll die Frage beantworten.

DR. KEMPFER: War der 20. Juni 1934 Mord oder nicht?

W.: Ich bin ueber die Vorgaenge vom 20. Juni 1934 ausserordentlich erschuettert gewesen und habe sie eigentlich in grossem Masse als Mord angesehen.

K.: Nun, als wir die Unterredung am 18. Juli dieses Jahres hatten, erinnern Sie sich, dass wir miteinander sprachen? Sie erinnern nicht?

W.: Ja wohl.

- K.: Beantworteten Sie damals nicht meine Frage, ob die Gutgebiete im wahren Sinne des Wortes ausgeplündert wurden, mit der Antwort "ja"?
- W.: Ich glaube, ich habe damals auch erklärt, dass diese Gebiete fuer die Zwecke des Krieges benutzt worden und wohl auch ausgenutzt worden sind, aber dass ja auch unendlich viel fuer die Gutgebiete geschehen ist, dass wir um Hutten davon zu haben, auch wieder grosse Investitionen und Aufbauten dort gemacht haben.
- K.: Die Investitionen, die Sie hineinsteckten, wurden diese Investitionen von den verbliebenen Eigentum toter Juden und Polen genommen oder erhielten Sie eine Anleihe von den Vereinigten Staaten oder anderen Laendern?
- W.: Nein, das Geld stammte aus den Mitteln, ueber die ich zu verfuegen hatte beziehungsweise zustaeendig war, - stammte aus dem Erloes der Wirtschaft beziehungsweise der von Treuhandern verwalteten Objekte.
- K.: Sie verwendeten als einen Teil des beschlagnahmten Vermoegens, um anderes beschlagnahmtes Eigentum zu verbessern; ist das richtig?
- W.: Jawohl, ich habe das auch in zahlreichen Faellen durch Aushaeten usw. getan und ich habe insbesondere aus der Verwaltung der etwa 200 000 staedtischen Grundstuecke das Geld nicht etwa in die Reichskasse abgefuehrt, sondern ich habe das Geld zur Instandsetzung der Grundstuecke und Wohnungen usw. verwendet.
- K.: Und Sie wissen - und Sie sagten mir, dass der ganze Besitz von Juden und Polen kam, die nicht mehr da waren oder die getoetet worden waren; ist das richtig? Sie haben mir das neulich gesagt.
- W.: Die Frage habe ich nicht verstanden.
- K.: Sie haben mir kuerselich gesagt, dass das Material oder dass das Eigentum, dessen Verwalter Sie waren, das fruhere Vermoegen von Juden und Polen war, die sich aus dem einen oder anderen Grund, nicht mehr in Polen befanden?
- W.: Ja, die gefluenchtet waren. Ueber den Verbleib von denen, die nicht mehr in Polen waren, habe ich nichts gewusst.
- K.: Haben Sie gedacht, dass Ihr Vorgesetzter, Hermann Goering, spaeter diese Juden und Polen nach Polen zurueckbringen wuerde, damit sie ihren

Besitz wieder übernehmen können? Haben Sie das gedacht?

W.: Dass das Hermann Goering tun würde, habe ich nicht gedacht, aber dass ein grosser Teil der Polen, die noch am Leben waren, wieder kommen würden, das habe ich erwartet.

K.: Haben Sie gedacht, dass Ihr Genosse Himmler diese Juden und Polen nach Polen zurückschicken würde, damit Sie dann ihren Besitz wieder übernehmen könnten?

W.: Ich habe doch daran geglaubt, dass einmal Frieden werden würde, dass dann auch die Polen zurückkehren würden, wie andere während des Krieges geflüchtete oder emigrierte Menschen.

K.: Aber Sie wussten, dass diese Polen - wenigstens 1944 haben Sie das gewusst, - dass eine ganze Menge Juden und Polen durch die SS und andere Leute im Osten getötet worden waren?

W.: Ab 1944 habe ich das von Juden gehört; von Polen habe ich das nicht gehört. Ich habe nur von Polen ungefähr 1945 ab und zu gehört, dass Erschiessungen stattgefunden haben; ich habe aber weder den Grund der Erschiessungen noch den Umfang davon erfahren.

K.: Die Gründe interessieren mich nicht. Aber Sie sehen doch ein, dass diese Leute nicht zurückkommen wurden, da sie erschossen waren? Ist das klar?

W.: Ich kann das so nicht sagen. Ich habe natürlich nicht darauf hin nachgedacht, ob jeweils einzelne zurückkommen wurden, aber dass doch das Gros, der grösste Teil der geflüchteten Polen einmal zurückkommen würde, das habe ich als bestimmt angenommen.

K.: Können Sie dem Gericht erzählen, dass die Mehrzahl der vertriebenen Polen und Juden zurückkommen wurden, ist das Ihr Gedanke?

W.: Ja, ich habe das erwartet, dass nicht alle ..... darüber habe ich nicht weiter nachgedacht, aber dass ein grosser Teil zurückkommen würde, das habe ich als selbstverständlich angenommen.

K.: Nun, wenn Sie so dachten, warum haben Sie dann einen Teil dieses Vermögens an die Salten verteilt, die aus anderen Teilen Europas in dieses Gebiets kamen?

W.: Ich habe nur ganz wenig verteilt, fast garnichts. Ich habe abgeben müssen, weil ich gesetzlich dazu veranlaßt wurde, weil das gesetzlich vorgeschrieben war. An die Baltendeutschen und an die Deutschen aus einigen anderen deutschen Gebieten, - darüber hatte ich nicht allein zu bestimmen, sondern das war im Gesetz vorgesehen, daß mitbestimmen beziehungsweise, allein zu bestimmen der Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums hatte, und da war der Krieg sich so lange hinzog, ich mit Fremden oder mit fremden Kreeften ja doch nicht Jahr auf Jahr diese Dinge weiterfuehren konnte, habe ich den Ehren, an die Baltendeutschen, die herauslassen und nichts zu tun hatten, eine Anzahl von Grundstuecken abzugeben, entsprechen, - entsprechen müssen, weil das Gesetz das so vorgesehen hatte.

K.: Haben Sie zusammen mit Ihren Genossen Hinaler Instruktionen fuer die Verteilung solcher Vermoegen herausgegeben, Verteilung an Deutsche, die in diese Gebiete vorkommen?

W.: Das weis ich nicht anwendig so genau. Ich habe ueber alle Anordnungen, die von der Haupttreuhandstelle getroffen worden sind, von der Rechtsabteilung, laufend ein Verzeichnis beziehungsweise den Inhalt ausgegeben und es ist durchaus moeglich, dass gewissermassen in Ausfuehrung der mir auferlegten gesetzlichen Vorschriften auch zusammen mit der Dienststelle des Reichskommissars fuer die Festigung des deutschen Volkstums so eine Verwaltungsanweisung herausgegeben ist. Ich kann mich auf den Inhalt an die Tatsache nicht genau erinnern.

K.: Ich frage Sie noch einmal - Sie konnten mit ja oder nein antworten haben Sie Anweisungen unterschrieben, Ausfuehrungsbestimmungen fuer die Verteilung von diesem gestohlenen Vermoegen, zusammen mit Hinaler? Ja oder nein?

W.: Zusammen mit Hinaler entsinne ich mich nicht, dass ich je eine Unterschrift abgegeben habe. Ich habe hoechstens mit meinem Vertreter, mit dem Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums Ausfuehrungsanweisungen herausgegeben; ich weis das aber im Augenblick nicht.

K.: Sie haben also keine Verordnungen zusammen mit Himmler unterschrieben?

W.: Das habe ich nicht gesagt, sondern ich habe eben gesagt, ich kann mich im Augenblick nicht so genau entsinnen, dass ich das mit ja oder nein beantworten kann. Ich wusste da das Material, das gesammelt worden ist und auch öffentlich erschienen ist, zur Hand nehmen.

K.: Dann darf ich Ihr Gedächtnis auffrischen: Am 2. Februar 1940 haben Sie eine amtliche Anweisung unterschrieben. Auf der linken Seite steht "Dr. Winkler", auf der rechten Seite "Heinrich Himmler".

W.: Ich kann das - das weiss ich nicht; ich kann mich im Augenblick nicht entsinnen, aber wenn es vorliegt, werde ich es getan haben, ja, ich weiss es nicht.

F.: Zu dieser Zeit haben Sie die Entscheidung getroffen, wie solche Vermögen an die anderen Leute zu verteilen waren. Erinnern Sie sich jetzt daran?

W.: Nein.

K.: Wir werden es später dem Gericht als Beweisstück vorlegen. Ich habe bisher noch keine Übersetzung.

VORITZINGER: Haben Sie das Original, Herr Dr. Kammert?

K.: Darf ich den Zeugen dieses Moment vorlegen; er kann dann die Frage beantworten. Herr Winkler, sind Sie dieser "Dr. Winkler", dessen Name unter dieser Anweisung steht?

W.: Ja.

K.: Und Sie erkennen auch die Unterschrift von Heinrich Himmler?

W.: Ich würde sie erkennen; darf ich den Inhalt sehen?

K.: Später. Ist das die einzige Anordnung, die Sie zusammen mit Ihrem Gemessen Heinrich Himmler unterschrieben haben?

W.: Das weiss ich nicht.

K.: Glauben Sie, es könnten noch andere da sein?

W.: Ich weiss das nicht; ich kann nur erklären, alle diese Dinge sind nicht heimlich gemacht worden, sondern öffentlich, und wenn sie da sind, muss ich sie vertreten; also, ich kann das nicht uebersehen.

K.: Menge, was war der Wert des Vermögens, dessen Verwalter Sie waren? Wieviele Milliarden haben Sie verwaltet?

- W.: Das kann ich so nicht ausdrücken. Ich habe nie eine genaue Aufzeichnung oder Statistik darüber empfangen. Ich habe - es ist auch ganz vorübergehend nur zur Verteilung gewinnermessen, das polnische Vermögen über die Frechandelle Ost geleitet worden, um dann der zuständigen Reichsstelle übergeben zu werden. Ich habe auch darüber keine Aufzeichnung, jedenfalls sind es eine Anzahl Milliarden gewesen.
- K.: Sie haben eine Menge Glückwunschbriefe erhalten, als Sie damals zur höchsten Stelle eines Verwalters ausländischen Gut-Eigentums ernannt wurden; ist das richtig?
- W.: Das habe ich nicht verstanden.
- K.: Erhielten Sie eine Menge Glückwunschbriefe, als Sie zu diesem Posten als Verwalter ausländischen Eigentums ernannt wurden?
- W.: Darauf kann ich mich nicht entsinnen.
- K.: Bevor Sie diese Stellung erhielten, waren Sie da irgendwie mit der Arierisierung jüdischen Eigentums verwickelt?
- W.: Nein, da habe ich nichts damit zu tun gehabt.
- K.: Haben Sie irgend etwas mit dem Verkauf der vielen Millionen jüdischen Vermögens zu tun gehabt und zwar z.B. des Vermögens des Ullstein Zeitungsverlages an die Gesellschaft eines gewissen Adolf Hitler, der der Besitzer des Franz Eke-Verlages in München war? Ja oder nein?
- W.: Das war Anfang 1934. Da habe ich im Auftrag der Reichsregierung, mir übermittelt durch den Minister Goebbels, Verhandlungen mit den Besitzern der Aktien des Ullstein-Verlages geführt und habe fuer die Reichsregierung diesen Verlag fuer 8 1/2 Millionen Mark unter Uebernahme von einigen Verpflichtungen erworben.
- K.: Sie haben also Ullstein fuer Goebbels gekauft; ist das richtig?
- W.: Fuer die Reichsregierung.
- K.: Wer war damals der Chef der Reichsregierung?
- W.: Damals war Herr Goebbels mein Auftraggeber.
- K.: Das genügt. - Wer war damals Reichskanzler?
- W.: Hitler.

K.: Haben die Ullsteins jemals irgendwelches Geld aus diesem Verkauf gesehen? Ja oder nein?

W.: Die Ullsteins haben absolut bar bezahlt bekommen, zu den im Kaufvertrag festgesetzten Terminen.

K.: Und zur gleichen Zeit wurden sie aus dem Lande verwiesen; ist das richtig? Und das Geld wurde so oder so beschlagnahmt?

W.: Nein, nein; im Gegenteil. Die Ullsteins haben sich an mich wiederholt gewandt mit der Bitte, ihre Zweisensausfuhr-Anfrage zu befürworten.

K.: Damit sie nach den Vereinigten Staaten ziehen konnten? Ja oder nein?

W.: Dieser Bitte habe ich entsprochen und sie befürwortet, und meines Wissens haben sie diese Anfrage genehmigt bekommen.

K.: Haben die Ullsteins irgendwelches Geld im Ausland bekommen? Ja oder nein? Soweit Sie wissen?

W.: Die Ullsteins?

K.: Ja, im Ausland?

W.: Zur Ueberweisung nach dem Ausland sind grosse Beträge freigegeben worden.

K.: Ich frage Sie, ob Sie wissen, ob diese Menschen jemals das Geld erhielten, die Ullsteins?

W.: Das weiss ich nicht.

K.: In wievielen Fällen haben Sie deutsche Zeitungen fuer das Propagandaministerium aufgekauft, nachdem Hitler zur Macht kam?

W.: Ich kann Ihnen die Zahl nicht genau sagen. Es koennen 20 bis 25 Verlage gewesen sein.

K.: Sie haben also, 20 bis 25 Verlage der Goebbels Verwaltung ausgekauft? Ist das richtig?

W.: Ich habe Verlage gekauft, spaeter nicht mehr fuer die Regierung, sondern spaeter direkt fuer die Reichsleiter der N.S.D.A.F..

K.: Eine letzte Frage: Sind Sie sich bewusst gewesen, dass Sie der grösste Verwalter von Eigentum waren, das toten Juden und ausgewiesenen Polen abgenommen wurde? Ja oder nein?

W.: Nein, ich hatte das nicht von toten Juden oder von toten Polen, sondern ich bin Treuhänder fuer polnisches Vermoegen georden, die allerdings sehr gross waren und die ich verwaltet habe nach bestem Wissen und Gewissen, wie ein Treuhänder sie zu verwalten verpflichtet war.

K.: Ich habe gerade von einem Kollegen eine Notiz erhalten und ich moechte Sie noch etwas fragen? Wieviele Milliarden ungefaehr haben Sie verwaltet?

W.: Wieviele Millionen?

K.: Milliarden?

W.: Ich habe ja diese Verwaltung nicht gleichseitig gefuehrt; es war aufgeteilt. Es sind eine Anzahl Milliarden gewesen; Ich habe eine Statistik darueber nie aufgestellt.

K.: Es war alles vorhandene juedische und polnische Eigentum in Polen, ist das richtig?

Gab es irgendwelchen anderen Baeuer?

W.: Ja, aber nicht in Polen, sondern ich habe ja nur fuer diese Gebiete die Verwaltung gehabt, die an das Deutsche Reich eingegliedert worden sind. Ich habe mit dem Generalgouvernement usw., mit der Verwaltung des Verboegens da draussen nichts zu tun gehabt.

K.: Wieviele Milliarden, moechten wir wissen.

W.: Das kann ich nicht sagen; es koennen 15, 20 gewesen sein. Ich habe, wie gesagt, eine Bewertung ja nur dann vorgenommen, wenn die Bewertung aus irgendwelchen wirtschaft oder anderen Gruenden notwendig gewesen war; sonst habe ich nichts bewertet, sodass ich also die Kiffer nicht angeben kann.

K.: Es waren ungefaehr 20 - 30 Milliarden, stimmt das ungefaehr?

W.: Das kann ich nicht ueberschauen, aber ich kann glauben, dass es, wenn alles bewertet wird und es kommt auch auf die Bewertung an, dann kann es an die 30 Milliarden herangekommen sein.

K.: Sie verwalteten es und das polnische Volk sollte es zurueck bekommen. Das ist doch Ihre Schlussfolgerung?

W.: Es handelt - - - es kann sich ja hier doch nicht darum handeln, dass solche Betraege zurueckgegeben sind. Es ist ja naehere nicht erwartet

worden, sondern es sind ja nur ganz kleine Bruchteile verwertet worden, und bei denen habe ich gehört, dass die Polen, die leben und zurückkehren, es bekommen. Und von den Juden habe ich Ende 1944 eben gehört, was man da gemacht hat.

K.: Ihre Aussage lautet also, dass sie deshalb nichts mehr zurückbekommen konnten, stimmt das?

W.: Wenn sie tot waren, nicht.

K.: Danke, das ist alles.

PAUSE.

K.: Hohes Gericht, ich möchte das Protokoll durch einige weitere Fragen richtigstellen. Ich habe in der Zwischenzeit das Protokoll über mein früheres Gespräch mit Dr. Winkler erhalten. Darf ich jetzt einige der Fragen auf deutsch an ihn richten, so wie ich ihn damals befragt habe?

VORSITZENDER: Ich glaube, das wird gehen. Wir wollen es versuchen.

Kreuzverhör des Zeugen Dr. Winkler durch Dr. KREPMER.

K.: Haben Sie mir seinerzeit vor einigen Wochen gesagt, dass Sie schwer erschüttelt waren, als Sie nach Polen gegangen sind?

W.: Ja.

K.: Wann war das?

W.: Das ist ungefähr schon gewesen, als ich den ersten Bückrock hatte, das war meine schwerste Erleichterung, als ich das Ghetto in Lodz gesehen habe.

K.: Was haben Sie in Ghetto in Lodz gemacht?

W.: In Ghetto Lodz wollte ich mir die Beschäftigung der dortigen Insassen ansehen. Ich wurde dort geführt und musste feststellen, dass ja nur noch wenige Personen dort waren.

K.: Wo waren die anderen Leute?

W.: Auf meine Frage an den mich führenden Menschen, wo die anderen Personen geblieben sind, sie hätten doch sicher mehr gehabt, wurde mir gesagt, die waren verveist.

K.: Was haben Sie gedacht, wohin die Leute verreiselt sind, in den Himmel oder in die Hölle?

W.: Ich habe geglaubt, dass da ein Unrecht vorliegt und dass sie wahrscheinlich in den Himmel gereist sind.

K.: Sie wussten, dass die armen Menschen tot waren?

W.: Das wusste ich nicht, aber ich musste es vermuten.

K.: Das war im Jahr?

W.: Das wird 1942 gewesen sein.

K.: Und die SS hat Sie heraufgeführt?

W.: Nein, von der SS habe ich mich nicht führen lassen. Das war ein Treuhänder von der Treuhänderstelle.

K.: Aber das Ghetto war unter der Verwaltung der SS, das wussten Sie?

W.: Ich habe da auch SS-Leute gesehen, aber das wusste ich nicht näher.

K.: War die SS dort zur Erholung oder zur Aufsicht in Lagern?

W.: Zur Bewachung.

K.: Zur Bewachung, ja?

W.: Ja, zur Bewachung des Lagers.

K.: Und das war dieselbe SS, die Sie, der Treuhänder, polnisches und juedisches Eigentum ueberlassen haben, nicht wahr?

DR. GAWLIK: Herr Praesident, ich erhebe eine Einwendung. Das Kreuzverhoer ist ja beendet und das Ne-Kreuzverhoer kann sich ja nur auf Fragen beziehen, die ich im Dreckverhoer gestellt habe.

K.: Ich glaube, das ist ein allgemeiner Gegenstand, der auch von dem Verteidiger behandelt wurde; die Kenntnis, ob dies die gleiche SS war, oder ob es zwei SS-Organisationen gab. Die eine, die KZ-Lager bewachte, und die andere, die solches Eigentum uebernahm.

DR. GAWLIK: Es ist erheblich. Herr Praesident, ich wollte noch sagen, die Frage ob das dieselbe SS war, kann ja der Zeuge gar nicht beantworten; er war ja kein Mitglied der SS.

VORSEZENDE: Gut, er kann es sagen, wenn er es will. Es wird es wahrscheinlich jetzt sagen. Sie wissen nicht, ob er die Frage beantworten kann, nicht wahr?

DR. GAWLIK: Aber ich erhebe ja zuerst mal die Einwendung, dass im Dreck-

Kreuzverhoer ganz andere Gegenstaende erortert werden, als im  
Rueckverhoer.

VORSITZENDER: Gut, Dr. Gawlik, wenn Sie und der andere Verteidiger sich  
auf diese Vorschrift berufen wollen, so glaube ich, dass Sie es  
bedauern werden. Es ist Ihnen freie Hand gelassen worden und Sie  
haben vorher die Vorschrift, auf die Sie sich jetzt berufen, verletzt.  
Sie werden nicht wollen, dass wir Schluss machen und strikter werden,  
nicht wahr?

DR. GAWLIK: Vielleicht ziehe ich meinen Widerspruch zurueck, Hohes Gericht.

K.: Waren da zwei SS-Organisationen in Deutschland oder eine?

W.: Ich glaube, zwei die Allgemeine SS und die Waffen-SS.

K.: Gehoerten die Leute, die die KZ-Lager verwalteten, zu derselben SS,  
wie der angeklagte Herr Bohemini?

W.: Ich nehme an, dass es so ist.

K.: Ich habe nun eine letzte Frage an Sie, Herr Winkler. Ich bitte Sie,  
mir die nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten. Bedauern Sie  
heute, dass Sie damals Verwalter gestohlenen Gutes waren oder nicht,  
ja oder nein, auf Befehl anderer?

W.: Darf ich das Gericht bitten, mir zu erlauben, etwas zusammenfassend zu  
antworten? Ich moechte dem Gericht gern eine Erklaerung abgeben, wie  
ich in diese Dinge hineingeraten bin.

K.: Zuerst moechte ich wissen, ob Sie diese subracklichen Dinge bedauern?

W.: Ich bedaure sie, nachdem ich sie zur Kenntnis bekommen habe, tief.

K.: Das sind alle Fragen, die ich stellen wollte.

#### DIREKTES KREUZVERHOER.

DR. GAWLIK: Herr Zeuge, ich bitte Sie, jetzt die Erklaerung abzugeben,  
die Sie abgeben wollten.

W.: Ich moechte zur Ergaenzung meines Lebenslaufes hinzufuegen, dass nach-  
dem ich meine Stellung durch Verlust des Amtes als Baergermeister der  
Stadt Graudenz 1919 zu verzeichnen hatte, mir der Zufall als demo-  
kratischer Abgeordneter zu Hilfe kam, dass mich die damalige Reichs-  
regierung bat, ihren wirtschaftlichen Stellen meines Heimatgebietes  
des Ostens Rat zu erteilen. Aus dieser anfaenglich sehr bescheidenen..

JUDGE MUSMANN: Geht das wirklich zurück bis auf den trojanischen Krieg?

KRUGER: Nein, ich werde mich sehr beeilen. Ich bin in dieser

trennmündlichen Tätigkeit scheinbar etwas erfolgreich gewesen und habe bei 19 Reichskanzlern, d.h. also bei 19 Reichsregierungen vor der Reichsregierung Hitler diese Tätigkeit ausgenutzt. Hitler war der 20. Reichskanzler und liess mich schon am Tage nach der Reichstagswahl durch den damaligen Staatssekretär Funk fragen, ob ich meine Tätigkeit fortsetzen wollte. Ich habe zunächst darauf hingewiesen, dass ich sein Gegner sei, was bekräftigte ich, und dass ich infolgedessen nicht ohne weiteres antworten konnte. Als er die Frage wiederholte, habe ich gesagt, dass ich in diesem jetzigen Umfange tätig sein wolle. Er hat dann meine bejahende Antwort sofort Herrn Göring gemeldet, was fuer mich der sicherste Beweis war, dass ich von der Gestapo abgeholt worden waere, wenn ich nein gesagt haette. Ich bin dann tätig gewesen in allen Dingen, in denen ich vorher tätig war, d.h. ich habe weiter Verlage, Zeitungsverlage betreut und dadurch bin ich zu der Tätigkeit gekommen, die Herr Prof. Dr. Kaempfer erst mit Ellstein verband. Ich habe also sukzessiv mich immer mehr in diese Arbeiten fuer dieses Reichskabinettt hineinfinden müssen. Hatte ja, wie die anderen Deutschen, keine Ahnung, wohin diese Reichsregierung einmal treiben wuerde. Und so habe ich 1939 den Auftrag von Goering annehmen müssen und angenommen und habe dann - und das moechte ich dem Gericht erklæren - feierlich - ; Ich habe in den ganzen Jahren versucht, nach bestem Wissen und Gewissen, unter Aufopferung meiner Person, ich habe fuer diese Tätigkeit keine Verguetung bekommen oder genommen, habe ich versucht, meine Pflicht als Reichsbuerger zu tun. Ich habe, nachdem ich Kenntnis von den Untaten der Reichsregierung bekommen habe, tiefst bedauert, dass ich in dieser Sache hineingekommen bin und ich bitte, mir zu glauben, ich wuerde alles geben, wenn ich es nicht haette tun müssen. Ich habe es getan und ich bitte, es zu beruecksichtigen, dass ich es getan habe, ohne zu ahnen,

in was ich hineingekommen bin. Ich bedaure das, ich habe nicht  
andere gekannt, so wahr mir Gott helfe.

Dr. G.: Hatten Sie damals, als Sie die Tätigkeit übernahmen, das  
Gefühl, etwas Unrechtes zu tun?

K.: In den ersten Jahren absolut nicht. Erst, nachdem mir Dinge zu Ohren  
gekommen waren, die nicht passieren durften.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zuteng v. 13842

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Informations-Nr. 1721

Institut für Zeitgeschichte München ARCHIV
1948/56

hat v. Heu

Dr. KUNNER - Ministry-3.  
Mr. O'Maire

Vernehmung des Max WINKLER,  
Wirtschaftsberater der Reichsregierung,  
am 13.8.47, von 14,00 bis 14,30 Uhr,  
durch Mister Henry L. Cohen,  
Stenographin: Trudi Walther.

1.Fr. Was ist Ihr voller Vor- und Zuname?

A. Max WINKLER.

2.Fr. Wie lange sind Sie schon hier, Herr WINKLER?

A. Seit dem 15. Juli.

3.Fr. Sind Sie schon mal vernommen worden?

A. Ja, schon vielfach.

4.Fr. In welcher Angelegenheit?

A. Ich bin vernommen worden zunächst von Herrn KEEFER allgemein ueber meine Arbeitsgebiete, dann bin ich vernommen worden von einem Herrn KAUFFMAN ueber die Haupttreuhandstelle Oct, dann bin ich vernommen worden ueber Dinge, die mit einem Herrn GRIFFELT zusammenhingen, und vorher bin ich ueber Dinge vernommen worden, die mit Obergruppenfuhrer POHL, bzw. BOETHEM zusammenhingen.

5.Fr. Es wird Ihnen vielleicht auffallen, dass ich Sie heute verschiedene Fragen nochmals fragen werde, die Sie vielleicht schon von anderen Herren gefragt wurden. Aber ich muss das, um ein klares Bild zu haben.

Zu Beginn muss ich Sie nochmals verurteilen. Sie werden wahrscheinlich schon verurteilt sein?

A. Jawohl.

6.Fr. Erheben Sie sich bitte, haben Sie Ihre rechte Hand und wiederholen Sie:

A. Ich schwore bei Gott dem Allmachtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufuegen werde, so wahr mir Gott helfe.

7.Fr. Sind Sie sich darueber klar, dass Unterlassungen unter Eid als ebenso schwere Eidesverletzung gelten wie eine falsche Aussage unter Eid?

A. Jacohl.

3.Fr. Haben Sie das Gefühl, dass Sie irgendwelche Bindungen zu Lebenden oder Toten haben, die Sie daran hindern könnten, die volle Wahrheit zu sagen?

A. Nein.

7.Fr. Wann sind Sie geboren?

A. Am 7. September 1875.

10.Fr. Was fuer Fachausbildung haben Sie?

A. Ich habe nur die Volksschule besucht, dann eine Postfachschule. Dann bin ich mit 16 Jahren mittlerer Postbeamter geworden, bin da befördert worden, war zuletzt Telegraphensekretär, als ich Anfang 1914 von der Stadtverordnetenversammlung in Grandens, der ich mehrere Jahre als Mitglied angehört hatte, zum besoldeten Stadtrat in Grandens gewählt wurde. Ich bin dort geblieben, 1919 zum 2. Bürgermeister gewählt worden. Vorher war ich als demokratischer Abgeordneter in die verfassunggebende preussische Landesversammlung gewählt.

Nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags wurde die Stadt Grandens am 20. Januar 1920 an Polen uebergeben. Dadurch verlor ich mit mein Amt und musste auch abwandern, zog nach Berlin. Durch meine Abgeordnetentätigkeit war ich der Regierung bekannt und so zog sie mich als Berater zu Wirtschaftsfragen meines Heimatgebietes hinzu. Aus dieser anfänglich losen Tätigkeit wurde eine Wirtschaftsberater-Tätigkeit bei allen demokratischen Regierungen von 1920 bis 1933 und auf Ersuchen auch bei der Regierung HITLERS, die bis zum Zusammenbruch des Reiches fortgesetzt wurde.

11.Fr. Bei welcher offiziellen Instanz waren Sie als Wirtschaftsberater tätig?

A. Ich bekam jeweils von den Reichsregierungen meine Aufträge, sodass das wechselte; manchmal war es der Reichskanzler, manchmal das Finanzministerium.

12.Fr. Haben Sie auch mit dem Wirtschaftsministerium zusammengearbeitet?

A. Auch mit dem Wirtschaftsministerium, aber verhältnismässig wenig. In den Jahren der Regierung HITLERS war meine Tätigkeit stark Propagandaministerium und Finanzministerium.

13.Fr. Sie sagten, dass Sie diese Tätigkeit im grossen und ganzen bis zum

Zusammenbruch innehielten. Wie hat sich dann nur die Zusammenarbeit mit den einzelnen Instanzen naeher angeschlossen?

- A. Spaeter wurde ich Berater in Presse-Angelegenheiten, Gewerkschafts-Angelegenheiten, Banksanierungen und wirtschaftliche Dinge. Ich habe u.a. 8 Jahre lang die deutsch-russischen Konzessionen, die damals liefen, fuer das Deutsche Reich von Berlin aus geleitet, insbesondere die deutsch-russische Saathau-A.G.

14.Fr. Und wann sind Sie in die Haupttreuhandstelle gekommen?

- A. Im Oktober 1939.

15.Fr. Von wem haben Sie die Position in der Haupttreuhandstelle uebernommen?

- A. Ich wurde Anfang Oktober 1939 zu GOERING gerufen, der mir mitteilte, dass bei dem Abzug der Besatzungstruppen in Polen sich jetzt herausstelle, dass durch starke Flucht der Polen und die Kriegshandlungen ein wirtschaftliches Chaos einzutreten drohe und dass er sich entschlossen habe, zur Behebung dieser Zustaeude und um eine ordentliche Wirtschaftsfuehrung zu ermöglichen, eine treuhaenderische Verwaltung der Betriebe einzurichten. Nach Ruecksprache mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium sei er entschlossen, mir diese Stelle zu uebertragen und ersuche mich, diese Leitung zu uebernehmen.

16.Fr. Sie sagten, nach Abzug der Besatzungstruppen, wie ist das zu verstehen?

- A. Die wurden schon zum Teil zurueckgezogen und die Sachen wurden der Zivilverwaltung uebergeben.

17.Fr. Von welchem polnischen Gebiet sprechen Sie?

- A. Von dem Gebiet, das spaeter in das Deutsche Reich eingegliedert wurde, also in der Hauptsache Oberschlesien.

Dann kam ein Erlass unter dem 19. Oktober heraus,...

18.Fr. Von wem?

- A. Von dem Beauftragten fuer den Vierjahresplan, also von GOERING.  
Und durch diesen Erlass wurde die Haupttreuhandstelle Ost gegründet.

19.Fr. Und Sie wurden damit 1. Vorsitzender?

- A. Ich wurde in dem Erlass Leiter der Haupttreuhandstelle genannt. ↑

20.Fr. Wie hat sich nun diese Haupttreuhandstelle aufgegliedert, organisatorisch gesehen?

4. Zunächst war das alles noch wenig fertig und auch wenig bis zu Ende gedacht. Es war geplant, in der ersten Anordnung, <sup>damit</sup> die Haupttreuhandstelle Ost die bereits beschlagnahmten Objekte, also Wirtschaftsunternehmen, verwalten und verwerten sollte und zwar fiel alles darunter, was da war. Dann machte man eine Änderung und erliess - glaube ich - Anfang/Mitte Januar 1940 eine weitere Anordnung über die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Vermögens und nahm damit der Haupttreuhandstelle Ost das gesamte landwirtschaftliche Vermögen weg und stellte das unter den Reichsernährungsminister, bzw. den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums.

21.Fr. Dieses "alles was da war" was betrifft das?

A. Ich meinte damit, dass das staatliche und private Vermögen unter die Beschlagnahme fiel. Man hat dann auch nachher, nachdem die Landwirtschaft weggenommen war, eine Anordnung herangebracht, dass über die Behandlung des staatlichen Vermögens.

22.Fr. Erst mal, konnten Sie sich genau entscheiden, wann die landwirtschaftlichen Vermögen rausgenommen wurden?

A. Meines Wissens 15. Januar 1940.

23.Fr. Sie sagten, dass damit die Verantwortung des Landwirtschaftsminister, bzw. des Reichskommissar übertragen wurde? Da schwimmen wir noch.

A. Es war doch so, dass eine besondere Gesellschaft Ostland gegründet wurde, die die Bewirtschaftung in Generalvollmacht des Reichsernährungsministeriums durchzuführen hatte, unter der Aufsicht und Mitverantwortung des Reichsernährungsministers.

24.Fr. Entschuldigen Sie, das ist auch noch nicht ganz klar.

Eine Verordnung des Reichsernährungsministeriums?

A. Nein, eine Verordnung des Vierjahresplanes, also GOSRING, worin eine Stelle geschaffen wurde, die den Namen "Ostland" hatte, und dieser Stelle war die Bewirtschaftung des gesamten landwirtschaftlichen Vermögens das inzwischen eingegliedert war, übertragen. Die Durchführung der Aufgabe war an die Zustimmung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums gebunden und diesem weitgehendes Verfügungsrecht über diese Objekte zugestanden.

25.Fr. Sie sprachen eben von Mitverantwortung des Ernährungsministeriums.

Wie passte man der Ernährungsminister in diese Verordnung hinein?

A. Der Ernährungsminister galt als der technische Minister, der die Aufsicht über diese Ostland-Gesellschaft zu führen hatte. Die Ostland-Gesellschaft konnte in Bezug auf die Art der Durchführung von dem Ernährungsminister mit Anweisung versehen werden.

26.Fr. War diese Ostland eine Organisation des Reichsernährungsministeriums?

A. Ja, die unterstand dem Reichsernährungsministerium.

27.Fr. Hat der Reichskommissar ebenso wie das landwirtschaftliche Vermögen auch anderes Vermögen mit übernommen?

A. Diejenigen Vermögen noch, die den landwirtschaftlichen Betrieben angegliedert waren, also z.B. eine Brennerei, eine Mühle, usw.

28.Fr. Warum ist diese Überstellung erfolgt?

A. Das weiss ich nicht. Ich hatte den Eindruck, - wenn ich das hier einschalten darf:- Als die Anordnung über die Haupttreuhandstelle Ost erlassen wurde, rief mich der damalige Staatssekretär beim Vierjahresplan, NEUMANN, an und teilte mir mit, dass der Reichsführer HESSLER in einem Telefonanruf bei GOERING Einspruch gegen die Schaffung der Haupttreuhandstelle Ost eingelegt hatte. Er sei mit den Befugnissen, die der Haupttreuhandstelle Ost übertragen worden seien, nicht einverstanden. NEUMANN ersuchte mich, zu HIMMLER zu gehen. In der unmittelbar darauf erfolgten Besprechung erklärte mir HIMMLER bei Beginn, dass er diese Verordnung nicht billigen konnte, denn sie übernehme die ihm bei seiner Ernennung zum Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums übertragenen Aufgabe. Er fragte mich, was ich dazu zu sagen hatte, worauf ich ihm erklärte, mir seine Aufgabe nicht bekannt, da sie meines Wissens bisher nicht veröffentlicht worden seien.

29.Fr. Was ist nach dieser Rücksprache erfolgt?

A. Er gab mir dann die Verordnung zu lesen und ich musste zugeben, dass unter dem Generalbegriff "Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums" alles mögliche verstanden werden konnte, was auch der Haupttreuhandstelle Ost zur Durchführung übertragen sei.

30.Fr. Ist daraufhin in wesentlichem was geändert worden?

A. Nein. Er hat mir dann entwickelt, wie er seine Aufgabe sieht, und daraufhin habe ich ihm gesagt, dass ich glaube, dass sich die Sache nicht so sehr ueberschneiden wuerde und dass man ja wohl den Versuch unternehmen koennte. Als erste Abweichung von dieser ersten Regelung kam dann aber - ich vermute auf seine Einwirkung - diese Schaffung der Getreide, wobei er die generellen Befugnisse ueber die landwirtschaftlichen Objekte uebertragen erhielt.

31.Fr. Hatte demnach der Landwirtschaftsminister gar keine Rechte?

A. Doch, die Bewirtschaftung, aber nur die Bewirtschaftung.

32.Fr. Konnte der Reichskommissar irgendwelche generellen Aenderungen vornehmen, ohne mit dem Ernahrungsmi-nister konsultiert zu haben?

A. Er konnte es wohl, aber er wird das nicht getan haben, denn mit der Fuehrung der Geschaeft-e beauftragt war zu damaliger Zeit schon Herr BACKE.

33.Fr. Aber vor 1942?

A. Das Gesetz sah vor "in Einvernehmen mit dem Ministerium".

34.Fr. Das spielt ja keine Rolle. Keine Frage war: Konnte der Reichskommissar etwas unternehmen, eine generelle Aenderung vornehmen, ohne mit dem Reichsernahrungsmi-nister in Verbindung gestanden zu haben?

A. Ich habe das so in Erinnerung, dass er die Vollmacht wohl hatte, aber an eine gewisse Beteiligung oder Kenntnisa-bgabe an den Ernahrungsmi-nister gebunden war. Er hatte aber weitgehende Vollmachten.

35.Fr. Wie koennen Sie dies erklae-ren Herr WINKLER: Warum hat der Reichskommissar Einspruch erheben gegen die Fuehrung und Tuetigkeiten der Treuhandstelle und hat die landwirtschaftlichen Grundstuecke weggenommen und eine andere Organisation gegruendet, waehrend die anderen in der Treuhandstelle blieben?

A. Das konnte ich mir damals so erklae-ren, dass er schon bei seinen Mitteilun-gen an mich ueber seine Aufgabe als Reichskommissar von grossen Neu-siedlungen in dem Gebiet sprach, insbesondere von der Ansiedlung von Weirbauern und aehnlichen Dingen. Jedenfalls hat er mir damals schon gesagt, dass er viele neue Doerfer und Staedte bauen wuerde, vorhandene ungliedern wuerde, dass er das beabsichtige. Und da sagte ich mir, das

ist wahrscheinlich geschehen, dass man das rausnimmt, damit er neber den Grund und Boden selbstaendig verfuegen kann.

36.Fr. Wer ist der Leiter der Ostland geworden?

A. Das wurde ein Ministerialdirektor - ich kann den Namen augenblicklich nicht sagen - der vorher aus dem Ernahrungministerium ausgeschieden war. Spater war es ein Herr KRAFT.

37.Fr. War es NEUMANN ?

A. Nein, nicht.

38.Fr. Kennen Sie einen NAUMANN?

A. Nur den Staatssekretar bei GOEBBELS.

39.Fr. Nun, wegen dieser Umsiedlung, die der Reichskommissar verhatte, wie weit ist da das Ernahrungministerium hinzugesogen worden, aus dem Grund, dass diese Gebiete an das Reich angeschlossen wurden und dadurch das Ernahrungministerium zustandig wurde?

A. Das weiss ich nicht, ich bin an dieser Verwaltung nicht beteiligt worden, ich habe auch nichts gehoert. Ich habe nur beobachtet, dass bei KIBLER, also beim Reichskommissar, grosse Plane gemacht wurden. Er hat mal eine Ausstellung gemacht, die ich mir angesehen habe. Er hat mich dann nochmals gefragt, ob ich diese Ausstellung gesehen hatte und hat sich nach meinem Eindruck gefragt und da habe ich gesagt, ich halte das fuer Utopie, denn er hat da Bauvorhaben fuer Bauern vorgesehn, die viel zu teuer kamen.

40.Fr. Haben Sie sonst Verbindung mit der Haupttreuhandstelle gehabt?

A. Ab und zu mal, wo es sich darum gehandelt hat, was ist noch Landwirtschaft, was ist nicht Landwirtschaft, wenn z.B. die Gebaude zur Stadt gehoerten und die Grundstuecke ausserhalb lagen. Dann haben wir uns auch einmal etwas schriftlicher auseinandergesetzt, das war bei der Herrschaft SEYBUSCH, einer ganz grossen Wirtschaft in den Beskiden, ich glaube sie hatte 142000 Morgen, dabei war aber sehr viel Industrie, darunter sehr viele Brauereien. Der landwirtschaftliche Betrieb war ein Mischbetrieb, der von den Brauereien mit erhalten wurde.

41.Fr. Um grundlegende Entscheidungen zu treffen, war jedenfalls die Treuhandstelle Ost nicht zugezogen worden?

A. Nein, keinerlei Entscheidungen.

42.Fr. Haben Sie Besprechungen mit DARRE beigewohnt?

A. Ein oder zweimal.

43.Fr. In was fuer Fragen ging es da?

A. Da war die Verordnung ueber die Aenderung noch nicht heraus und da hatte DARRE den Wunsch - seine beiden Staatssekretare BACKE und WILLIKENS waren bei dieser Besprechung - es sollte.....

44.Fr. Was fuer Interessen haben diese Herren vertreten?

A. Nur ungefaehr die Richtung, dass sie ja fuer die Ernuehrung des Krieges verantwortlich seien und dass deshalb dort nichts geschehen duerfte, was die Bewirtschaftung irgendwie erschweren koennte, also rein ernuehrungswirtschaftliche Gruende.

-----

RESTRICTED

cid. Coll. n. 158.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1948/56

Kat v. Heu

25-577-49

Ich, Max WINKLER, schwöre, sage aus und erkläre :

I. Im Oktober 1939 wurde ich zum Leiter der Haupttreuhandstelle - Ost ( abgekürzt HTO) ernannt. Die HTO war ursprünglich fuer die Beschlagnahme und Verwertung des gesamten polnischen Staats- und Privatvermögens, als auch des juedischen Vermögens zuständig. Kurz nach der Errichtung der HTO jedoch, wurde die Erfassung, Beschlagnahme und Verfuegung ueber landwirtschaftliches Vermoegen dem Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums, d.h. dem Stabshauptamt uebertragen, waehrend die Bewirtschaftung dieses landwirtschaftlichen Vermoegens der " Ostland " unter Aufsicht des Ernahrungswirtschaftungsministeriums zugewiesen wurde. Die HTO war daher zuständig fuer die Beschlagnahme und Verwertung des gesamten polnischen Staats- und Privatvermögens als auch des juedischen Vermögens in den eingegliederten Gebieten ( ausgenommen Generalgouvernement) als auch des Reich, ausgenommen fuer das landwirtschaftliche Vermoegen.

Unmittelbar nach der Errichtung der HTO wurde der Obersturmbannfuhrer Bruno GALKE, als Verbindungsmann zwischen der HTO und Reichsfuhrer SS HIMMLER, ernannt. Noch waehrend GALKE Verbindungsmann zwischen der HTO und Reichsfuhrer SS HIMMLER war, hatte die HTO in verschiedenster Hinsicht mit dem Leiter des Stabshauptamtes, Brigadefuhrer Ulrich GREIFELT <sup>ein</sup> Einvernehmen herzustellen. So z.B. war seine Zustimmung zu der Ernennung von Treuhandlern notwendig, da ebenfalls die Gauleiter als Beauftragte des Reichskommissars fuer die Festigung des deutschen Volkstums in den Gebieten, in denen die treuhandlerisch bewirtschafteten Betriebe lagen, die Einsetzung nicht

anerkannt hatten. Dasselbe galt fuer die Auswahl der  
kuenftigen Eigentuerer fuer die beschlagnahmten Objekte.  
Das war auch der Grund, warum die Verordnung ueber Rang-  
ordnung bei der Einsetzung von kommissarischen Verwaltern  
und bei der Verwertung <sup>W.</sup> das <sup>durch</sup> die HTO beschlagnahmten  
Vertragens vom 29. Juli 1940 von mir, sowohl als auch von  
SS-Brigadefuehrer Ulrich GREIFELT, Chef des Stabshauptamtes  
unterschrieben wurde. Bei der Einsetzung von Umsiedlern als  
Eigentuerer der beschlagnahmten Objekte lag die Entscheidung  
ueber die Qualifizierung des Bewerbers in den Haenden des  
Stabshauptamtes und der DDT ( Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-  
Gesellschaft GmbH). Nachdem ich am Anfang in einigen Faellen  
Bedenken gegen die Qualifizierung vorgeschlagener Kandidaten  
als Eigentuerer beschlagnahmter Objekte ausserte und die Ein-  
setzung dieser Leute trotz meiner Bedenken erfolgt, habe ich  
in Zukunft regelmessig den Vorschlaegen des Stabshauptamtes  
und der DDT, entsprechend die Kaufvertraege mit den vorgeschla-  
genen Bewerbern genehmigt, sofern ueber die Bewertung der Ob-  
jekte eine Einigung erzielt wurde. Sogar in den Faellen, in  
denen das Objekt des bei der DDT auf Grund der zurueckgelas-  
senen Vertragen gefuehrte Guthaben ueberstieg, hat die HTO  
keine Einwendungen erhoben, da in diesen Faellen die DDT  
sich ueblicherweise fuer die Beschaffung des fehlenden Be-  
trages verpflichtete. In einigen Faellen z.B. in Angelegen-  
heiten beschlagnahmte Zuckerfabriken, Staerkekuehl-Fabriken,  
stellte sich das Stabshauptamt auf den Standpunkt, dass es  
der Uebertragung der Objekte auf Refraktanten nicht zustimmen  
koenne, weil es selbst eine Verfuegung ueber diese Objekte  
sich vorbehalten muesse. Es trat zunaechst selbst als Kaeu-  
fer auf. Nach meiner ablehnenden Haltung wurde mit dem Gau-  
leiter des Wertehamtes, GREISER, eine Gesellschaft mit be-  
schraenkter Haftung gegrueudet, in der das deutsche Reich,  
vertreten durch den Reichskommissar fuer die Festigung des

deutschen Volkstums, die grosse Majoritaet hatte. Diese Gesellschaft  
 trat dann als Kaeufer auf und hat meines Wissens 6 bis 8 Zuckerfabri-  
 ken erworben und die Verhandlungen <sup>für diese</sup> mit dem weiteren Erwerb von ebenso-  
 viel Zuckerfabriken fortgefuehrt, aber nicht mehr zum Abschluss brin-  
 gen koennen. Die Verhandlungen ueber die Errichtung der G.m.b.H., als  
 auch die geschaeftlichen Verhandlungen ueber die Bewertung fuehrte in  
 der Hauptsache der Rechtsanwalt GOETZ vom Stabshauptamt aus. In einem  
 anderen Fall der Zuckerfabrik UNISLAW, hatte sich das Stabshauptamt  
 ca. 45% der Aktien dadurch verschafft, dass sie sich die beschlagnah-  
 ten Akten eines gefluuechteten Grossgrundbesitzers verschaffte. Die-  
 Zuckerfabrik wurde von dem Sohn des Begrueenders der Zuckerfabrik bei  
 Kriegsbeginn gefuehrt und <sup>dieser</sup> nach seiner Einsetzung durch die militaeri-  
 sche Behoerde als Treuhander auch waehrend der Verwaltung durch die  
 HTO, in dieser Stellung belassen. Obwohl er besonders von den oert-  
 lichen- und Gaubehoerden waerdestens empfohlen, da er als Fachmann  
 ueberdurchschnittliches leistete, erhob das Stabshauptamt Einspruch  
 gegen ihn als Kaeufer und stuetzte seinen Einspruch darauf, dass es  
 etwa 45% Aktien vertrete. Alle Verhandlungen, das Unternehmen dem  
 Treuhander zu verkaufen, waren bis zum Zusammenbruch des Reiches ge-  
 scheitert. In einem anderen Fall z. B. in einer Fotoartikel-Fabrik und  
 Grossehandel in Bromberg, wurde ~~der~~ auch bereits von den Militaerdienst-  
 stellen eingesetzter Treuhander, der ein erster Fachmann war, und  
 der die Firma wesentlich ausgebeut hatte, vom Stabshauptamt als Kauf-  
 reflektant abgelehnt. Eine sachliche Begrueandung zu dieser Ablehnung  
 wurde nicht gegeben. Nach langen Verhandlungen, auch mit GREIFELT  
 persoenlich wurde erkluert, dass der Reflektant sich noch nicht als  
 Soldat an der Front bewaehrt hatte, obwohl er Hauptmann war. In Grau-  
 denz, hatte ein von Anfang an, eingesetzter Treuhander fuer die Fueh-  
 rung des ~~Wahnspeiditions~~ <sup>sich</sup> geschaeftes, auch durchaus fachmannisch sich  
 bewaehrt. Von den oertlichen- und Gaustellen stark unterstuetzt hatte  
 die HTO dieses Unternehmen an den Treuhander verkauft. Die Genehmi-  
 gung zu dem Verkauf durfte nicht erteilt werden, weil GREIFELT seine  
 Zustimmung verweigerte und auch die vom Gauleiter mit GREIFELT ge-  
 fuehrten Verhandlungen zu einer Ablehnung fuehrten.

II. Die Einrichtung der deutschen Volksliste ist vom Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums, zusammen mit dem Reichsministerium des Innern, erfolgt. Die Durchfuhrung und der Erlass von Ausfuhrungsbestimmungen ist gleichfalls von den genannten Stellen laufend angeordnet worden. Infolgedessen auch die Verschrift ueber die Rueckgabe beschlagnahmten Eigentums an die in die Gruppen der deutschen Volksliste aufgenommenen Personen. Auf Mitteilung <sup>an die</sup> der HTO, bzw. <sup>die</sup> der Treuhandstellen in den Gaue, <sup>durch die HTO</sup> ist, entsprechend diesen Verfuegungen verfahren worden, d.h. in den Faellen, in denen Personen in die deutsche Volksliste I und II eingruppiert wurden, erfolgte die Aufhebung der Beschlagnahme vollstaendig. In der Gruppe III mit den in den getroffenen Anordnungen vorgeschriebenen Einschränkungen. In Gruppe IV war nach den Vorschriften die Beschlagnahme nicht aufzuheben. Meiner Meinung nach war die Moeglichkeit, durch Aufnahme in die deutsche Volksliste wieder die freie Verfuegung ueber das beschlagnahmte Vermoegen zu erhalten, in den meisten Faellen der Anlass zur Stellung des Antrages auf Aufnahme in die deutsche Volksliste. ↑

III. Die Verhandlungen ueber den Verkauf der beschlagnahmten Objekte <sup>für die Klausolden</sup> wurden zwischen der HTO und der DUT gefuehrt, d.h. mit den ~~Geschäftsfuehrern~~ der DUT Dr. KULEMANN und Dr. KLEINSCHMIDT, mit denen ich dann verhandelte, wenn die Abteilungsleiter oder die Treuhandstellen in den Gaue mit den Stellen der DUT nicht zu einer Einigung gelangten. In einigen Faellen ist sogar zu diesen Besprechungen der Chef des Stabshauptamtes Ulrich GRIFPELT selbst hinzugezogen worden. Diese Verhandlungen drehten sich dann um Angemessenheit, um die Qualifizierung des Eigentumers und die Hohe des eigenen Vermoegens. Der Kaufpreis sollte urspruenglich in bar bezahlt werden. Die DUT trat dann mit der Bitte an die HTO heran, die Verrechnung unmittelbar mit dem Reichsfinanzministerium vorzunehmen, das sie auch die Mittel erst vom Reichsfinanzair

WS

nisterium erbitten muesse. Wir einigten uns dann <sup>auf</sup> zu einem Ver-  
fahren, das der Reichsfinanzminister auch billigte in der Form,  
dass die DUT mit Gutscheinen bezahlt, die die Reichshauptkasse  
auf Anweisung des Reichsfinanzministeriums als Bereinzahlung ent-  
gegennahm.

IV. Die Ertragsnisse aus dem treuhandbewirtschafteten, beschlagnahm-  
ten Vertragen wurden <sup>auf</sup> in Konten des einzelnen Unternehmers gut-  
geschrieben und zusammen mit den anderen Mitteln der HTO als  
Guthaben bei den Banken, bzw. der Reichshauptkasse hinterlegt,  
<sup>WS</sup> zu Gunsten der HTO. Dieses Konto ist nicht auf den Namen des  
frueheren Eigentumers, sondern auf den Namen der Firma unter  
dem das Unternehmen lief, gefuehrt worden.

Ich habe obige Aussage, bestehend aus 5 Seiten in deutscher  
Sprache gelesen und erkläre, dass dies die volle Wahrheit  
nach meinem besten Wissen und Glauben ist. Ich hatte Gelegen-  
heit, Aenderungen und Berichtigungen in obiger Erklarung zu  
machen. Diese Aussage habe ich freiwillig gemacht, ohne jedwe-  
des Versprechen auf Belohnung und ich war keinerlei Zwang oder  
Drohung ausgesetzt.

Nuremberg, den 15. August 1947.

Max Winkler.

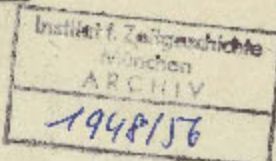
Before me, Herbert H. MEYER, U.S. Civilian, identification  
number AGO A 441 694, Interrogator, Evidence Division, Office  
Chief of Counsel for War Crimes, appeared Dr. Max WINKLER to  
me known, who in my presence signed the foregoing Eidesstatt-  
liche Erklarung (affidavit) consisting of five pages in the  
German language and swore that the same was true, on the 15th  
August 1947 in Germany.

Herbert H. Meyer

Prof. v. 12.9.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ULLSTEIN A.G.



Vorgaenge:

Der Ministerialdirektor und Reichspressechef FUNK war vom Staatssekretär der Reichskanzlei LAMMERS Mitte Februar 1933 zugezogen worden, als ich im Auftrage HITLERS ueber meine Treuhaendertaetigkeit fuer die vorhergegangenen Reichsregierungen befragt wurde. Nachdem LAMMERS die pflichtmaessig erteilte Auskunft als abgeschlossen ansah, ersuchte mich FUNK um meinen Besuch. Er erklaerte, dass er dem Reichskanzler ueber mich berichten und sich beauftragen lassen wolle, meinen Schutz zu uebernehmen (bei mir waren bereits zwei Haus-suchungen vorgenommen) und sich beauftragen lassen werde, die Reichsregierung mir gegenueber zu vertreten. Er hat mich dann am 6. Maerz 1933 dem Tage nach der Reichstagswahl und seiner Ernennung zum Staatssekretär im Reichspropaganda-ministerium zu sich bestellt und an mich in feierlicher Form im Auftrage des Reichskanzlers die Frage gerichtet, ob ich bereit sei, meine treuhaenderische Taetigkeit auch der neuen Regierung zur Verfuegung zu stellen. Ich bat ihn, die Frage zurueckzustellen, da ich ihm eine Erklaerung abgeben muesse; an den Litfassaeulen klebten noch Wahlplakate der NSDAP, die die Regierung Braun-Severing beschuldigten, Millionen gestohlen und fuer Wahlzwecke verwendet zu haben. Das sei unwaehr. Ich habe fuer die Reichspraesidentenwahl 1932 den wesentlichsten Teil des Wahlfonds (nach meiner Erinnerung um ca. 7 Millionen Mark) fuer die Wahl Hindenburgs gesammelt und davon einen groesseren Betrag (etwa 2 Mill.) dem Minister Severing zu seiner Verfuegung uebergeben. Ich habe also aktiv gegen HITLER gehandelt. Von mir sei bisher weder eine Zeitung noch eine Versammlung der NSDAP beachtet worden. Ich beabsichtige nicht der Partei beizutreten. Diese Erklaerung glaube ich schuldig zu sein, um Missverstaendnisse auszuschliessen. FUNK antwortete, dass die Sammlung der Wahlgelder durch mich bekannt sei. Auf meinen Beitritt zur Partei werde keinen Wert gelegt. Er wieder-hole ihm seine Frage. Ich antwortete, dass ich meine Arbeiten gern weiter-fuehren wuerde, weil ich damit eng verbunden sei.

FUNK dankte, liess sich mit GOERING verbinden und meldete, dass ich mich bereit erklart habe, fuer die Regierung weiter taetig zu sein. Diese (Mitteilung) Meldung beeindruckte mich stark. Unmittelbar darauf betrat der neuernannte

Reichsminister GOEBBELS, zum ersten Mal in seinem Ministerium, das Zimmer seines neuen Staatssekretärs. Der Versuch, mich zu entfernen, wurde von FUNK abgelehnt. Nachdem sich die beiden gegenseitig beglueckwuenscht hatten, stellte mich FUNK vor und teilte seine Erklarung mit. GOEBBELS gab mir die Hand mit den Worten, ich sei ihnen allen genau bekannt, er freue sich, dass ich zugesagt habe und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

Auftrag Ullstein:

FUNK hat mich dann in kurzen oder laengeren Abstaenden rufen lassen und mit mir Presseangelegenheiten besprochen. Ich nehme an, dass er AMANN ueber mich unterrichtet hat, denn von diesen erachien zunaechst sein Mitarbeiter, spaeterer Stabeleiter Rechtsanwalt Rolf RIENHARDT mit Verlagsfragen. Dann bat mich AMANN um seinen Besuch, um sich ueber Verlagsverhaeltnisse in Berlin und anderen Orten zu unterhalten. Etwa Ende Januar 1934 hatte AMANN mich bitten lassen und mir beim Eintritt lebhaft erregt mitgeteilt, dass GOEBBELS energisch vorgehe, denn er habe die Gruene Post des Ullsteinverlages verboten und den Hauptschriftleiter Ehm WELKE wegen eines unerhoerten Artikels verhaften lassen. Ich gab meiner Verwunderung Ausdruck, da die Gruene Post doch unpolitisch sei und entnahm den weiteren Ausfuehrungen AMANNS, dass es wohl auf eine schwere Schaedigung des Verlages Ullstein hinauslaufe. Meine Einstellung, dass ich es fuer verfehlt halte, (mich) mit solchen Mitteln gegen einen grossen Verlag vorzugehen und unter Umstaenden hohe geistige und Kulturwerte zu zerstieren, teilte AMANN GOEBBELS telephonisch mit, der sich zu sich bestellte, GOEBBELS stellte mich wegen meiner Kritik in Gegenwart von FUNK und seinem persoenlichen Referenten (ich glaube Gutterer) zur Rede. Ich antwortete, dass ich weder den Artikel kenne noch sonst ueber den Vorgang unterrichtet sei, aber aus den Ausfuehrungen AMANNS entnommen habe, dass eine wirtschaftliche Schaedigung des Verlages beabsichtigt sei. Da solche Schaedigungen bei dem ohnehin schweren Existenzkampf der Verlage zu einem Zusammenbruch fuehren konnten, wuerden grosse geistige und kulturelle Werte vernichtet werden. Im Laufe der Unterhaltung habe ich dann die Bemerkung gemacht, dass man, statt zu vernichten, an einen Erwerb denken

denken koennte. GORBELS stellte die Frage, ob ich das fuer moeglich halte, worauf ich antwortete, dass es auf einen Versuch ankaeme. G. beendete das Gesprach mit der Erklaerung, der werde Vortrag halten und darauf zurueckkommen. Der genaueserte Gedanke des Erwerbs ist wohl bei mir durch folgende Vorgaenge ausgeloeost worden. Ich kannte den Chef der Firma Ullstein, Dr. Franz Ullstein, schon eine Reihe von Jahren, auch durch meine Beziehungen zu Georg BERNHARD. Einige Monate vor Februar 1934 war ich mit Dr. Ullstein und seiner Frau auf einer Gesellschaft bei Reichsminister a.D. Dr. DIETRICH zusammen. Frau ULLSTEIN hatte mir in der Unterhaltung bei Tisch von den Sorgen ihres Mannes in der Firma erzaehlt. Kurz vor dem Verbot der Gruenen Post hatte mir Dr. DIETRICH angedeutet, dass ULLSTEIN mich gelegentlich sprechen moechte. GORBELS liess mich am Tage nach der Unterhaltung Gruene Post kommen und teilte mir mit, dass er ermachtigt sei, mich zu beauftragen, Ankaufverhandlungen ueber die ULLSTEIN A.G. zu fuehren.

Ich weisse nicht sehr genau, ob ich Dr. ULLSTEIN oder den Aufsichtsratsvorsitzenden der Ullstein A.G., Dr. Ferdinand BAUSBACK, zuerst sprach. Die A.G. war zu Verhandlungen bereit und beauftragte mit der Fuehrung einen Rechtsanwalt und Notar, dessen Name mir leider entfallen ist. Ihm beigegeben waren Rechtsanwalt Dr. TINNER und Verlagskaufmann ROES (Bruder von Colin Roes), deren Frauen geborene ULLSTEIN waren, sowie Dr. Bausback. Die Gebrueder ULLSTEIN haben nicht mit mir direkt verhandelt. Innerhalb einiger Wochen war das vorgelegte Buchmaterial der mustergiltigen Hauptbuchhaltung, die Statistiken, Grundstuecksurkunden und Beschreibungen, Inventarverzeichnisse u.s.w. von mir nahestehenden Buchpruefern geprueft, die Gebaeude durch Sachverstaendige, die technischen Einrichtungen und Maschinen durch Fachleute in ihrem Wert im Verhaeltnis zu den Buchwerten geschaaetzt. Die Verlagswerte waren im Verhaeltnis zum Gesamtverlage nicht uebermassig hoch als Aktiva eingesetzt. Schwieriger waren eingegangene Verpflichtungen, z.B. gegenueber einem Kinopalast Lichtburg, einer Bazar A.G., der Waldheim Eberle A.G.

in Wien, schwebende Prozesse u.a., sowie fehlende Ruckstellungen fuer Versicherungszeitschriften (wie's Blatt gehoert der Hausfrau u.a.) und fuer recht erhebliche Pensionslasten.

In den meisten Dingen liess ich Dr. BAUSBACK, dem ich in Aussicht stellte, Aufsichtsratsvorsitzender zu bleiben, zu den einzelnen Bewertungen Stellung nehmen, bzw. holte mir der Rat des Direktors der Deutschen Bank (Stadtzentrale) STREMPER, der einen Kredit nach meiner Erinnerung von 3 Millionen bei Ullstein laufen hatte, ueber Einzelbewertungen ein. AMANN hatte bei FUNK angeregt, den Drucker des Voelkischen Beobachters in Muenchen und Berlin, Adolf MUELLER, als Sachverstaendigen heranzuziehen. Ich stimmte zu. MUELLER kam zu dem Ergebnis, dass die Maschinen teils veraltet und unzulänglich seien und sehr hoch zu Buch ständen. Einen Einfluss auf den Kaufpreis hat die Stellungnahme MUELLERS nicht gehabt.

Gegen Ende Februar 1934 wurde der Kaufpreis fuer die gesamten Aktien auf meines Wissens 8,5 Mill. M. festgelegt und nach Abzug der Hypotheken und Obligationenschulden mit der Verpflichtung der Bezahlung von ca. 6 Mill. M. in kurzfristigen Raten uebernommen.

Der effektiv fuer das Unternehmen aufgewandte Kaufpreis ist von des Bilanzpruefern nach der Durchfuehrung der Prozesse der notwendigen Liquidation uebernommener Verpflichtungen auf ca. 12. Mill. Mark ermittelt worden.

Am Tage des notariellen Abschlusses meldete ich Dr. GOEBBELS den Ankauf und fuegte hinzu, dass die Familie Ullstein mir fuer die Art der Verhandlungsfuehrung ihren Dank habe aussprechen lassen.

Als ich bald darauf GOEBBELS bat, mit dem Reichsfinanzminister ueber die Bereitstellung der Mittel zu sprechen, erklarte er mir, dass nach einer Anordnung HITLERS AMANN die Mittel hergeben werde. Das ist geschehen.

Die Aktien bleiben bei der Deutschen Bank zu meiner bzw. Verfuegung der Cautio Treuhandgesellschaft, deren Geschaeftsfuehrer ich war, hinterlegt. Aus dem Aufsichtsrat und Vorstand schieden die Angehoerigen der Familie ULLSTEIN aus. BAUSBACK blieb Aufsichts-

ratsvorsitzender. In den Vorstand wurde zu den verbliebenen  
fuenf Vorstandsmitgliedern als Vorsitzter auf Vorschlag FUNK  
der Verleger Max WIESNER, Mitinhaber BROSCHECK u.Co., Hamburger  
Fremdenblatt, berufen. WIESNER hat mit grossen Koennen den  
Verlag bis zum Zusammenbruch des Reichs gefuehrt. Obgleich als  
Demokrat und Logenmitglied von hohem Grade Nichtparteimitglied,  
hat er die Anerkennung aller Stellen gefunden und wurde von AMANN  
etwa 1942 an auch zum Vorsitzenden des Vereins Deutscher Zeitungs-  
verleger berufen.

BAUBACK und WIESNER fuehrten auch die Verhandlungen ueber  
die Loesungen der Vertraege mit nichtarischen Angestellten, wo-  
bei durch Zahlungen von Abfindungen und Pensionen grosszuegig  
gehandelt wurde. Diese Verhandlungen zogen sich mehrere Jahre hin,  
da zwar von AMANN die grundsaeztliche Anordnung gegeben war aber  
nicht gefraengt wurde.

Etwa 1936 ist die A.G. aus steuerlichen Gruenden unter gleichzei-  
tiger Aenderung der Firma in "Deutscher Verlag" mit einem Komman-  
ditkapital von 12 Mill. M. umgestellt worden. BAUBACK und ich  
uebernahmen aus formalen Gruenden als persoenlich haftende Gesell-  
schafter je. 10.000 M., der Eherverlag uebernahm 11.980.000 M.  
als Kommanditist. Fuer ihre Einlagen erhielten die persoenlich  
haftenden Gesellschafter keine Gewinnbeteiligung, sondern nur eine  
Verzinsung von 5 %.

Hausback schied wegen einer Differenz mit AMANN etwa 1938  
aus. Seinen Anteil uebernahm der Eherverlag. Fuer die Komman-  
ditgesellschaft hatte RIENHARDT einen Beirat eingerichtet, der  
aus ihm als Vorsitzender, Verlagsdirektor Wilhelm BAUR, Eherverlag,  
dem Leiter der Wirtschaftspruefungsgesellschaft "GURA" MUNDHENKE  
und mir stand. Der Beirat trat nur etwa 2 mal im Jahr zur Erle-  
digung von Regularien zusammen. Infolge Ueberlastung habe ich seit  
Mitwirkung beim Deutschen Verlag seit 1939 auf ein bis zwei  
Ruecksprachen im Monat und den Bilanzbesprechungen mit Wiesner  
beschraenkt. Fuer den Ankauf habe ich eine Provision oder andere

Verguetung nicht erhalten. Als mein Verhaeltnis zu AMANN etwa 1937 gespannt geworden war, vermittelte Funk und legte dabei AMANN nahe, mir fuer alle geleisteten Arbeiten rueckwirkend von der Aufnahme der Taetigkeit Februar 1934 eine Verguetung von 2.000 M. monatlich zu zahlen. Diese Verguetung habe ich bis Ende 1943 erhalten.

Nach der Uebernahme der Firma ULLSTEIN machte sich der Fortfall des politischen und wirtschaftlichen Drucks geschaeftlich bei dem Unternehmen bald bemerkbar. Die gute fachmannische Leitung holte neue Auftraege fuer alle Sparten heran und war schon zwei Jahre spaeter in der Lage, nach starken Abschreibungen einen bescheidenen Gewinn auszuweisen. Etwa ab 1937/8 waren auch durch die wirtschaftlichen Veraenderungen und die besondere Konjunktur im Verlagswesen die Gewinne so erheblich, dass sie allmaehlich das Gesellschaftskapital erreichten und spaeter ueberstiegen. Genaue Zahlen sind mir nicht mehr in Erinnerung. Wesentliche Millionenbeträge wurden dem Sozialfonds zugefuehrt. Wenn auch fuer mich klar liegt, dass die Familie ULLSTEIN bei einer anderen politischen Lage trotz der durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch in Deutschland ab 1930 eingetretenen schlechten Wirtschaftslage, nicht verkauft haette, sondern durch Furcht vor weiteren Schwierigkeiten zu dem Entschluss gedrängt worden ist, so habe ich nie das Gefuehl gehabt, dass das Unternehmen unter dem Zeitwert erworben wurde. Diese Ansicht hoerte ich in den Verlegerkreisen, bei Dr. Dietrich und den Herren Dr. PISNER und ROSS. Sie fand auch Bestaetigung, als ich in der Ehescheidung Dr. Franz ULLSTEIN als Zeuge vernommen wurde und dabei erfuhr, dass Frau ULLSTEIN von ihrem Manne eine besonders hohe Abfindung fordern zu koennen glaubte, weil angeblich sie den guenstigen Verkauf an mich vermittelt hatte.

Dr. Franz Ullstein und auch andere Angehoerige der Familie haben groeessere Betraege nach dem Ausland legen wollen. Von ihnen mir vorgelegte Gesuche habe ich unterstuetzt und dann auch erfahren, dass sie von der Reichsbank genehmigt worden sind.

Muernberg, 12. September 1947

Max W i n k l e r .

2 Interview v. 17.9.18

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Vernehmung Nr. 1981

Institut für Zeitgeschichte München ARCHIV
--

1948156

kat v. Hu

Vernehmung des Herrn Max WINKLER,  
durch Mr. Siegmund KAUFFMANN  
am 17. September 1947 von 1400-1515 Uhr  
Requested by: Ministries Div. (Mr. O'Haire)  
anwesend: Loyer Mr. O'Haire.  
Stenographin: Charlotte Grasser.

-----

- F. Sie sind Herr WINKLER?
- A. Ja, Max WINKLER, geboren am 7. September 1875.
- F. Sie wurden hier schon vereidigt?
- A. Jawohl, schon wiederholt.
- F. Dann sind Sie sich bewusst, dass Sie weiterhin unter Zeugen-  
eid stehen und die volle Wahrheit zu sagen haben.
- A. Jawohl.
- F. Herr WINKLER, Sie haben bei einem anderen Verhoer ausgesagt,  
dass in Ihrer Eigenschaft als Leiter der Haupttreuhandstelle  
Ost, der waren Sie doch?
- A. Ja.
- F. ....die landwirtschaftlichen Dinge von Ihnen weggenommen wur-  
den.
- A. Jawohl.
- F. Wie hat sich das verhalten?
- A. In der ersten Anordnung, die von GOERING erlassen worden ist  
und meines Wissens vom 19. Oktober 1939 datiert war, war das  
gesamte polnische Staats- und Privatvermoegen mit darin ent-  
halten. Bevor die Haupttreuhandstelle Ost ihre Taetigkeit  
aufnehmen konnte..
- F. Wann war das?
- A. Das zog sich bis November/Dezember 1939 hin. Es war niemand  
da, ich bekam nur den Auftrag, diese Gesellschaft zu gruenden.  
Ich musste mir erst Menschen und Bueros suchen, infolgedessen  
verzogerte sich das. Gegen die Errichtung der Haupttreuhand-  
gesellschaft erhob sofort HIMMLER Einspruch, wovon ich jedoch  
erst erfuhr, als Staatssekretaer NEUMANN mich anrief und mir

sagte, dass HIMMLER Einspruch erhoben hat und ich zu HIMMLER gehen musste...

F. Sie mussten zu HIMMLER?

A. Ja und der hat mich dann empfangen indem er sagte, die Haupttreuhandstelle Ost koenne so nicht ins Leben gerufen werden. Die Befugnisse, die dieser Haupttreuhandstelle Ost zugestelt sind, ueberschneiden seine Befugnisse, die er als Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums erhalten hat.

F. Da war also ein Kompetenzueberschneiden?

A. Ja. Ich sagte ihm, ich kenne seine Anordnung nicht und er gab sie mir zum lesen.

F. Was war die Anordnung, die HIMMLER KEEK hatte?

A. Das war seine Bestellung zum Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums, mit der er alles an sich nehmen konnte und nahm, wenn es ihm gefiel, weil sie im Wortlaut ausserordentlich weitgehende Befugnisse ihm uebertrug.

F. Konnte er landwirtschaftliche Dinge an sich nehmen?

A. Da stand nichts darin. -

Nun habe ich die Stelle eingerichtet. Ich habe ein- oder zweimal Besprechungen mit dem Staatssekretaer BACKE gehabt, wegen der landwirtschaftlichen Dinge. Bei der zweiten Besprechung habe ich gemerkt, dass das Ernuehrungsministerium, also BACKE, sich zurueck hielt und mir eine Mitarbeit nicht in Aussicht stellte und ich erfuhr dann, dass da eine Aenderung geplant sei.

F. Wie war Ihr Status in Beziehung auf landwirtschaftliche Dinge?

A. In der ersten Anordnung war die Landwirtschaft nicht ausgenommen, da stand das polnische Vermoegen mit drin, ich nahm deshalb an, dass ich beides verwalten musste. Ich wurde zu einer Sitzung zu GOERING, an der die Gauleiter KOCH, FORSTER und GREYSSER zugegen waren, zugezogen. Zu dieser Sitzung erschien auch HIMMLER.

F. Wer war vom Landwirtschaftsministerium anwesend?

A. Das wird wohl BACKE gewesen sein.

Bei dieser Sitzung sagte GOEBRING, dass ihm eine Anordnung vorgelegt worden sei, wegen der Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Vermoegens. Er fragte, ob Einwendungen erhoben werden. Ich kannte sie nicht und hatte auch wohl vorher schon das Gefuehl, dass die Herren vom Ernahrungsministerium, der Verantwortung wegen, die Ernahrungsschwierigkeiten nicht uebernehmen konnten. GOEBRING unterschrieb die Verfuegung ohne sie vorzulesen und damit war diese in Kraft gesetzt und diese wurde denn veroeffentlicht. Dem Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums waren weitgehende Befugnisse damit uebertragen.

F. Bis es zu dieser Verordnung, die am 15. Januar 1940 in Kraft trat, gekommen ist, muss doch durch den starken Kompetenzkonflikt sicher ein Kampf zwischen HIMMLER einerseits und DARBE andererseits vor sich gegangen sein?

A. Moeglich. Ich weiss nichts davon. Ich war ja ausserhalb dieser Sphaere. Ich weiss, dass ein Kampf zwischen den Beiden stattgefunden hat, wie das war, weiss ich nicht, da ich mein Buero in Berlin hatte und dort die ganze Zeit arbeitete.

F. Ich nehme an, dass diese Angelegenheit Sie und Ihr Gebiet so weit angegangen hat, dass Sie zumindest privat oder inoffiziell sich darum gekuemert haben.

A. Ich weiss wirklich nichts ueber diesen Kampf der Beiden! Ich habe nur gehoert, dass da etwas im Gang sei, Aenderungen bezueglich der landwirtschaftlichen Plaene, aber was es war, das weiss ich auch nicht. Ich wusste, dass Herr BACKE Ruecksprachen bei HIMMLER hatte, aber ich habe vorher nichts Naecheres erfahren. Ich war jedesmal erstaunt ueber die Verordnungen.

F. Das landwirtschaftliche Eigentum war durch diese Verordnung separiert?

A. Ja, aus der Haupttreuhandstelle Ost herausgenommen.

F. Von wem wurde dieses Eigentum verwaltet?

A. Fuer den Betrieb von der "Ostland-Gesellschaft", einer be-

- sonderen Gesellschaft.
- F. Von wem wurde diese "Ostland-Gesellschaft" geschaffen?
- A. Das Ernährungsministerium wird die wohl zu diesem Zweck gegründet haben. Leiter dieser Stelle war ein Ministerialdirektor LAUENSTEIN. Der hat die "Ostland" übernommen und geführt und die Betriebsverwaltung gehabt.
- F. Unter wessen Anweisung hat der gearbeitet?
- A. Hinsichtlich des Betriebes bekam er Weisung vom Ernährungsministerium, hinsichtlich der Zuständigkeit, die über den eigentlichen Betrieb herausgegangen ist (Verpachtungen usw.), Sachen die fuer laengere Zeit hinausgingen, vom Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums.
- F. Der Herr LAUENSTEIN hat zugleich eine Abteilung geleitet im Reichslandwirtschaftsministerium.
- A. Ich glaube, er war schon vorher ausgeschieden.
- F. Sie sagen, ausgeschieden?
- A. Er war jedenfalls frei. Er war vorher Ministerialdirektor, ob er das im Ernährungsministerium war, weiss ich nicht genau.
- F. Und der Aufgabekreis von LAUENSTEIN in der "Ostland-Gesellschaft" hat sich erstreckt auf welches Gebiet?
- A. Auf die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Gebiete innerhalb des Gebietes, das in das Deutsche Reich eingegliedert wurde, nicht das Generalgouvernement.
- F. Kennen Sie Staatssekretär WILLIKENS?
- A. Ja. Ich habe 1 oder 2 mal dienstlich mit ihm gesprochen. Bei den Sitzungen sprach ja meistens BACKE und WILLIKENS war nur dabei.
- F. Welche Funktion hatte er gehabt?
- A. Das Wort bei den Sitzungen fuhrte BACKE, WILLIKENS war nur der Zuhörer. BACKE war ihm uebergeordnet. Es waren meistens nur Vorbereitungsverhandlungen und Besprechungen.
- F. Wo haben diese Besprechungen stattgefunden?
- A. Im Ernährungsministerium. Einmal war auch bei diesen Sitzungen

DARRE kurz dabei, da habe ich ihn kennengelernt. Bei der ersten Besprechung war noch keine Rede von einer Trennung, da schien die Angelegenheit bei mir zu bleiben.

F. Haben Sie WILLIKENS spaeter noch getroffen?

A. Bei Veranstaltungen. Ich habe ihn auch einmal getroffen auf der Messe in Koenigsberg und ihn Berlin habe ich ihn auch gesehen. Dienstliche Bekanntschaft habe ich mit ihm nicht gehabt.

F. Was hat WILLIKENS fuer ein Amt gehabt?

A. Er war Staatssekretaer im Ernahrungministerium. Welche Zustaeendigkeit er dort hatte, weiss ich nicht. Ich kenne das Ernahrungministerium nicht sehr.

F. Wissen Sie etwas ueber WILLIKENS Aufenthalt in Polen?

A. Nein.

F. Er, oder besser seine Frau haben dort Eigentum erhalten oder besessen?

A. Nein, davon weiss ich nichts.

F. Wenn seine Frau Eigentum erhalten hat, so muss es doch durch Ihr Amt gegangen sein?

A. Wenn es gewerblicher oder staeddtischer Grundbesitz war, dann ja, aber nicht landwirtschaftlicher Besitz.

F. Wissen Sie was ueber den Erwerb eines Besitzes in Polen von DARRE?

A. Ich weiss, dass DARRE gerne HEINE wieder einen Besitz haben wollte, aber nicht erwerben. Er hat mit mir darueber gesprochen, das war rein privat und da habe ich gesagt, dass ich keine Zustaeendigkeit habe und auch die Gueter, wenn es ein solches sein sollte, in Polen nicht kenne. Ich sagte ihm, er soll sich an den Reichsmarschall GOERING wenden.

F. Hat dann DARRE sich Ihnen gegenueber zufrieden gegeben oder hat er Druck ausgeuebt?

A. Nein. Von DARRE habe ich den Eindruck eines Philosophen, nicht eines Geschaeftsmannes gehabt.

F. Haben Sie gehoert, dass er einen Besitz erworben hat?

A. Nein. Ich habe mich gerade fuer diesen Fall sehr stark

interessiert. Ich weiss, dass er einmal was beabsichtigt hat, aber nichts zu Stande gekommen ist, weil er zu keinem Entschluss kam.

F. Haben Sie Herrn HIEGE gekannt?

A. Ich kenne den Namen und weiss, dass der Mann im Ernährungsministerium eine Rolle spielte. Wenn er mir jetzt vorgestellt wuerde, wuerde ich ihn nicht erkennen. Dass er mal bei einer Sitzung dabei war, ist moeglich.

F. Diese Herren haben auch in den Ostgebieten persoenlich gearbeitet.

A. Ich war nicht dort, ich habe nur in Berlin gearbeitet.

F. Kennen Sie Staatssekretaer Riecke?

A. Persoenlich kenne ich ihn auch nicht. Da ging es mir genau wie bei HIEGE.

F. Sind Sie mit diesen Herren im Vierjahresplan zusammengetroffen?

A. Im Vierjahresplan habe ich Besprechungen mit Herrn NEUMANN gehabt, spaeter auch mit Herrn KOERNER. Sonst habe ich mit den Herren nichts zu tun gehabt.

F. Wann haben Sie zuletzt von LAUENSTEIN gehoert?

A. Das war schon lange vor Schluss des Krieges. Er schied 1943 aus der "Ostland-Gesellschaft" aus.

F. Wohin ging er?

A. Weiss ich nicht. Ich habe wenig Beruehrung mit ihm gehabt. Ich habe nur 2 oder 3 Mal mit ihm persoenlich verhandelt ueber die Abgrenzung was laendlicher und was staedtischer Begriff sei.

F. Wie war diese Kompetenz abgegrenzt?

A. Was Landwirtschaft war, ging mich nichts an. Wo in einer Kleinstadt Ackerbauer waren, da war die Grenze so festgesetzt, wo das Hauptinteresse liegt. Wenn er von der Landwirtschaft lebte, fiel es dem landwirtschaftlichen Sektor zu. Wenn er vorwiegend von Gewerbeinteressen lebte, fiel er mir zu. Die Grosse war nicht festgesetzt, es ging bis unge-

fuehr 20 Morgen, alles was darueber war, war Landwirtschaft.

- F. Wie war es in Beziehung auf landwirtschaftliche Verarbeitungsbetriebe?
- A. Es gehoerte zur "Ostland-Gesellschaft", wenn es ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb war. Z.B. wenn ein Gut eine Brennerei hatte und diese nicht selbstaendig war, dann gehoerte sie zur Landwirtschaft. Es musste ein selbstaendiges Gewerbe sein, wenn es zur Treuhandstelle gehoeren sollte.
- F. Wie hat LAUENSTEIN seine Betriebe, seine Gueter bewirtschaftet?
- A. Das weis ich nicht. Ich habe allgemein unter dem Eindruck gestanden, dass eine ordentliche Verwaltung gefuehrt wurde. Dass wirkliche Klagen oder Geruechte herumgingen, oder Gueter unbewirtschaftet blieben, habe ich nie gehoert.
- F. Ich bin nicht darauf aus, zu erfahren ueber die Betriebsweise. Ich will wissen, wurden diese Gueter von dem urspruenglichen Eigentuemern betrieben oder durch andere ersetzt?
- A. Das weiss ich nicht. Ich glaube, dass gerade bei den Guetern es ebenso lag, wie in den gewerblichen Betrieben, dass die Polen gefluechtet waren und nicht mehr da waren. Es hat wohl auch andere Faelle gegeben, darueber weiss ich nichts.
- F. Was ist mit den urspruenglichen Eigentuemern geschehen?
- A. Die sind meines Wissens gefluechtet.
- F. Wenn in diese Betriebe kommissarische Verwalter eingesetzt wurden, wurde der Betrieb vollstaendig von der "Ostland-Gesellschaft" uebernommen, wurden diese Betriebe bezahlt?
- A. Es lag doch so, wie ich es auch bei der Haupttreuhandstelle Ost vorgefunden habe. Durch eine Anordnung der Militaerbesatzungsmacht war alles beschlagnahmt und infolgedessen war die Uebernahme dann noetig, wenn ein Verwalter nicht mehr da war. Wenn ein polnischer Besitzer nicht mehr da war, musste doch jemand eingesetzt werden. War noch jemand da, hatte das noch Zeit. Im gewerblichen Sektor wurde die urspruenglichen Eigentuemern lange drin gelassen.

- F. Wenn solche Leute herausgesetzt wurden, wie ging das vor sich?
- A. Bei der Landwirtschaft?
- F. In den gewerblichen Betrieben bei Ihnen?
- A. Da musste ein besonderer Anlass vorliegen. Er schied dann aus.
- F. Wie schied er aus?
- A. Das weiss ich nicht.
- F. Man kann Befehle und Zettel schreiben und dann auch sagen, er schied aus.
- A. Ich weiss es nicht in der Praxis.
- F. Was fuer Leute waren die kommissarischen Verwalter, die in die Grundstuecke kamen. Wo kamen die her?
- A. Das waren landwirtschaftlich vorgebildete Leute. Wo die her kamen, weiss ich nicht. Wahrscheinlich haben sich in dem Gebiet lebende ehemalige deutsche Bauern, die von den Polen abgesetzt waren, zur Verfuegung gestellt.
- F. In den urspruenglichen Verhandlungen, ehe Sie Ihr Amt uebernommen haben, haben Sie einmal mit Herrn DARRE gesprochen.
- A. Ich habe ihn einen Besuch gemacht.
- F. Was wurde da ausgefuehrt?
- A. Kein allgemeine Dinge. Er wollte mich dabei bekannt machen mit BACKE und WILLIAMS und tat es auch.
- F. Wann fand die erste Besprechung mit BACKE statt?
- A. Ich nehme an, Anfang Oktober 1939.
- F. Wann war die zweite Besprechung?
- A. Anfang oder Mitte November 1939. Danach bin ich nicht mehr hingegangen.
- F. Wer war der Leiter der Deutschen Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft?
- A. Das war Dr. KLEINSCHMIDT, der ist hier in Ruernberg, und Dr. KUHLMANN. Am Anfang war noch ein anderer da, den Namen weiss ich nicht mehr. Auftraggeber dieser Gesellschaft war HIMMLER, bzw. Greifelt.
- F. Herr WINKLER, Sie wurden zu Beratungen und um Ihr Urteil abzugeben, zu Konferenzen beigezogen, die sich auf Russland be-

zogen. Ich meine russische Angelegenheiten betreffen.

- A. Nein. Ich habe nur einmal fuer Russland einen Auftrag der Reichsregierung von 1926 bis 1933 gefuehrt und zwar die deutsch-russische Saatbaugesellschaft.
- F. Ich beziehe mich auf die Zeit kurz vor Ausbruch der Streitigkeiten mit Russland und nachher.
- A. Nein, da bin ich nicht mit hineingezogen worden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Vernehmung Nr. 1981 A

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
---

1948/56

Vernehmung des Herrn Max WINKLER,  
durch Mr. Siegmund KAUFFMANN  
am 17. September 1947 von 1515-1600 Uhr  
Requested by: Ministries Div. (Mr. Casman & O'Haire)  
anwesend: Loyer Mr. O'Haire.  
Stenographin: Charlotte Grasser.

-----

- F. Herr WINKLER, wir wollen nun fortfahren, wo wir bei der ersten Vernehmung stehen geblieben sind.
- A. Jawohl.
- F. Erinnern Sie sich an den Erwerb von Bergwerken durch die "Hermann Goering" Werke?
- A. Nur soweit ich damit zu tun hatte.
- F. Dann erzahlen Sie mir bitte davon, wie ging der Erwerb vor sich?
- A. GOERING gab mir den Auftrag, fuer die "Hermann Goering" Werke die oberschlesischen Gruben zu ueberpruefen und FLEIGER besuchte mich daraufhin und hat in sehr weitgehenden Anspruechen bei mir erreichen wollen, dass ich ihm die oberschlesischen Kohlenfelder mit den Huetten uebergeben sollte. Ich habe mich quer gelegt und habe erkluert, dass ich das fuer einen Fehler halte und nicht bereit bin, das durchzufuehren, denn die Huetten verlieren dadurch ihre Existenzgrundlagen, wenn man ihnen die Felder nehmen wuerde. Es hat dann wiederholt erregte Aussprachen gegeben.
- F. Mit wem?
- A. Mit GOERING in einer Sitzung, wo auch KORNER, NEUMANN, FLEIGER, ferner Gauleiter TERBOVEN und WAGNER teilnahmen. GOERING der die Sitzung eroeffnete sagte zu mir, ich uebe Kritik an seinen Massnahmen und ich moechte die Gruende darlegen und da habe ich die schon eben erwachten Bedenken angegeben. In dieser Sitzung verflocht FLEIGER seine Ansicht, dass er diese Kohlen brauche fuer Linz und auch haben muesse. Ich bin aber auf meinem Standpunkt festgeblieben. FLEIGER

machte dann, mehr geschwehshalber, die Anregung, dass man die oberschlesischen Dinge zusammen lassen koennte und ihm als Generaldirektor zur Bewirtschaftung uebergeben sollte. Ich sollte dafuer einen Aufsichtsrat bilden. Ich habe gesagt, ich moechte das nicht und lehne die Organisation ab.

F. Wie ging die Sache weiter?

A. So ist das Monate hin und her gegangen. Einmal hat mich auch GOERING sehr stark beschlaepft. Dann hat er mir eines Tages den Generaldirektor ROEHWERT geschickt und der sagte mir, dass GOERING nun eine Organisationsaenderung in den "Hermann Goering" Werken vorgenommen hat, indem er eine Holding-Gesellschaft geschaffen hat, deren Geschaeftsfuehrer ROEHWERT geworden war. ROEHWERT sagte mir dann auch, dass GOERING mich bitten liesse, mit ihm (ROEHWERT) ueber diese Dinge noch einmal sachlich zu verhandeln. Das geschah. Ich habe insofern den Anordnungen Rechnung tragen muessen, als ich Kohlenverraete, die nicht mit den Huetten verbunden waren, an die "Hermann Goering" Werke abgab.

F. Wie ging das vor sich?

A. Die Abgabe ist vor sich gegangen, indem ich sie schaeetzen liess.

F. Durch wem?

A. Durch Sachverstaendige. Ich habe dazu die Generaldirektoren dieser oberschlesischen Gruben und Huetten benutzt, die vorher zu deutscher Zeit dort waren. Diese Herren waren in der Zwischenzeit bei diesen Werken schon wieder eingesetzt. Von denen habe ich mich beraten lassen.

F. Wie ging dann die Angelegenheit weiter?

A. Ich habe dem Finanzminister gesagt, dass ich Haupttreuhandstelle Ost bin und dass ich den "Hermann Goering" Werken nicht die Sachen geben werde, wie sie es annehmen - ohne Verrechnung. Ich sagte, ich muesse diese Dinge bezahlt bekommen.

F. Wo wurde diese Angelegenheit besprochen?

A. Die ganze Sache wurde in meinem Hause besprochen. Dann ist es

zum Abschluss gekommen. Ich weiss nicht mehr den Kaufpreis, soweit ich noch weiss, lag der Kaufpreis bei ungefaehr 180 Millionen.

F. Wie ist die Uebertragung vorgesehen worden?

A. Durch Uebergabe bzw. Aufstellung von Grundstuecksbeschreibungen und Grubenbeschreibungen. Sachverstaendige meines Amtes haben dies gemacht. Der fruhere Reichsgeschaeftsfuehrer der Reichsverbandtreuhandstelle HERLE hat die Sachen geleitet. Dann sind ordnungsmassige Kaufvertraege gemacht worden, das ist unter Zuziehung von Sachverstaendigen gemacht worden. Es hat noch verschiedene Differenzen gegeben. Die Angelegenheit wurde sehr gruendlich durchgearbeitet und dann hat die Uebertragung stattgefunden.

sid. Eukt v. 24.9.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ich, Max WINKLER, zur Zeit in Nürnberg, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussagen strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest:

Institut Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1948/56

1. DARRE wollte gerne wieder einen Besitz haben. Er hat mit mir rein privat darüber gesprochen. Ich habe ihm gesagt, dass ich keine Zuständigkeit habe und auch die Güter nicht kenne. Er soll sich an Reichsmarschall GOERING wenden, wegen Gütern im besetzten Polen.
2. Ich habe mich fuer den Fall interessiert und weils daher, dass DARRE einmal ein Gut besichtigt hat. Nichts kam zu Stande, da er zu keinem Entschluss kam.
3. Ich habe die 1 (eine) Seite dieser Eideswährlichen Erklärung sorgfältig durchgelesen und eigenhändig gegengeseichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengeseichnet und erkläre hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklärung nach meinem besten Wissen und Bewiesen die reine Wahrheit gesagt habe.

Max Winkler

Max WINKLER  
Signature of deponent

Sworn to and signed on this 24<sup>th</sup> day of September 1947 at Palace of Justice, Nürnberg, Germany, by Max WINKLER, known to me to be the person making the above Affidavit.

Siegfried Kaufmann  
Siegfried KAUFMANN, Interrogator  
U.S. Civilian AGO # 441015

Office of Chief of Counsel for  
War Crimes U.S. War Department

Intensiv. v. 26.9.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-577-72

Vernehmung des Max WINKLER  
am 26.9.47 von 14.00-16.00 Uhr  
durch: Hr. S. HARTMANN  
Stenografin: I. Kirchhof

F.: Ihr voller Name?

A. Max WINKLER, geboren am 7. September 1875.

F.: Was war Ihre Stellung die letzten Jahre durch?

A. Ich bin immer dasselbe gewesen, wirtschaftstreuhaender der Reichsregierung, von Ende 1919 bis zum Schluss.

F.: Sie behielten die ganze Zeit Ihren ursprünglichen Titel, Buergermeister?

A. Ich war Buergermeister a.D. und man hat mich meist so genannt.

F.: Worin bestand Ihre Arbeit?

A. Die jeweiligen Auftraege anzufuehren, die mir die Reichsregierung uebertrug. Das war alles Moegliche.-

Bei der Abtrennung durch den 1. Weltkrieg verlor ich mein Amt und meine Heimat und kam nach Berlin. Ich war damals demokratischer Abgeordneter in der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung. Da ich keine Arbeit hatte, bat mich die Regierung gebeten, in wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ihr Vertreter zu sein und das ist verschieden gewesen. Insbesondere sind es nachher Kreditgewaehrungen auf Genossenschaftsgrundlage geworden, dann Betreuungen, dann habe ich z.B. die deutsch-russische Saatbau A.G. betreut fuer das Reich. Das war eine Konzession der Deutschen in Russland, die ich von 25 bis 35 betreut habe.

F.: Sind Sie Oekonom oder Rechtsanwalt?

A. Nein ich habe ueberhaupt nicht studiert. Ich habe etwas wirtschaftliche Begabung gehabt und habe mich hereingefunden. Ich bin zwar 1929 Ehrendoktor der technischen Hochschule in Danzig geworden.

F.: Was war Ihre Beschäftigung, ungefähr im Sommer 1939?

A. Da war ich in der Hauptsache der Treuhänder fuer die Reichsregierung, fuer die deutsche Filialgesellschaft. Das beschäftigte mich fast vollstaendig.

F.: Damals sind Sie in Verbindung mit verschiedenen Beruegern gekommen?

A. Nein. Ich bin naeulich schon danach gefragt worden. Bei mir ist mal ein Norweger gewesen.

F.: NICHSEN?

A. Nein. Es war ein alter Herr, der mit der Presse zu tun hatte. Er wollte Geldmittel haben fuer eine Presse in Oslo. Meines Wissens wollte er dort eine Zeitung kaufen.

F.: KUNZERT?

A. Ich weiss nicht. Der Name ist mir nicht mehr erinnerlich. Diese Sache war so fantastisch. Sie war ohne jede reale Grundlage, dass ich ganz schnell abgeschuetzelt habe. Ich habe dieser ganzen Sache keinerlei Bedeutung beigegeben.

F.: War das im Sommer 39?

A. Ich weiss es nicht mehr.

F.: War der Mann sehr alt?

A. Ja er war hoch in den 60er Jahren.

F.: ROKK?

A. Von Namen kenne ich nicht.

F.: Das war ein Dr. phil. Er hatte ein sehr sympathisches Gesicht!

A. Ich kann mich nicht entsinnen. Ich weiss nur, dass er bei mir war.

F.: Fuer welchen Zweck wollte er das Geld haben?

A. Er wollte diese Zeitung in Oslo mehr in deutscher Richtung umgestalten.

F.: Die Zeitung sollte gekauft werden?

A. Er hatte davon etwas gesprochen, aber ich habe mit der Sache weiter nichts zu tun gehabt.

F.: Die Sache ist aber doch behandelt worden!

25-577-74

- A. Aber nicht bei mir.
- F.: Doch, es waren damals mehrere Besprechungen.
- A. Es kann sein. Ich will nur sagen, ich habe kaum eine Erinnerung daran und weisse nur, dass von mir aus nichts positives daraus geworden ist.
- F.: Nennen Sie das Gesicht?
- Mr. BARTMAN zeigt ein Foto.
- A. Nein.
- F.: Hat dieser Mann mit Ihnen gesprochen? Hat er gesagt, er moechte eine Zeitung kaufen fuer nationalsozialistische Zwecke, um eine derartige Propagandaarbeit zu fuehren?
- A. Ob er das gesagt hat, weisse ich nicht. Da damals Deutschland ganz nationalsozialistisch war, wird das gemeint gewesen sein. Er hat immer nur von "deutschem Sinn" gesprochen. Ich kann Ihnen nichts Besseres darueber sagen. Er wird wahrscheinlich nationalsozialistisch gemeint haben.
- F.: Sie haben, als Chef der Vereinigten Finanzkontore, Ihre Interessen sehr scharf auf Dänemark gerichtet?
- A. Das habe ich nicht bearbeitet, das war die Abteilung von KRANER-MOLLATHUS, aber wir haben Kredit fuer Dänemark gegeben.
- F.: Fuer welche Zwecke?
- A. Um die deutschen Interessen zu sichern.
- F.: Haben Sie in dieser Verbindung mit MULLER zusammen gearbeitet?
- A. Nein. Wer ist das?
- F.: Der spätere Presseattaché.
- A. Den kenne ich nicht.
- F.: Was war der innere Sinn dieser Geldplatzierungen?
- A. Der innere Sinn war, dass durch die neue Grenzziehung die es Nordschleswig abgetrennt wurde und damit die Leute nicht wirtschaftlich kaputt gingen, wurde ihnen Kredit vermittelt.
- F.: Sie wollen sagen, dass es eine Fuersorgeanstalt war, dass

notleidende Deutsche im Ausland unterstützt wurden?

A. Um sie wirtschaftlich zu erhalten. Wir haben diesen Kredit nicht direkt gegeben, sondern durch eine Gesellschaft, die in der Schweiz war.

F.: Wie ist der Name dieser Gesellschaft?

A. Wir haben der Gesellschaft "VOUJISANO" in der Schweiz Kredit eingeräumt und die hatte eine Bank dort gegründet und hat diese Sache als Kreditinstitut über die Bayern geführt.

F.: Wir haben einen sehr bekannten deutschen Tabakfabrikanten, REBERTA, mit dem haben Sie Verbindung gehabt?

A. Nein.

F.: Er hat sich in der Schweiz niedergelassen?

A. Nein, ich habe mit REBERTA keinerlei Verbindungen gehabt. Ich kenne ihn persönlich und bin auch mit ihm persönlich zusammen gewesen, aber ich habe in dieser Kreditangelegenheit nicht das geringste mit ihm zu tun gehabt.

F.: Können Sie den Namen RICKERSBY -

R. RICKERSBY hatte von der Schweiz aus weder VOJISANO mehrere Quater in Schleswig erworben, obwohl das von vornherein ein riskantes Geschäft sein musste!

A. Nein, ich habe weder mit REBERTA noch mit RICKERSBY zu tun gehabt.

F.: Das wurde natürlich gekauft um einen politischen Einfluss zu bekommen in Dänemark!

A. So war das nicht, wir haben das nie gekauft. Meines Wissens wurde niemals ein Grundstück gekauft, denn es war niemals die Absicht und es ist uns auch nicht bekannt geworden, dass ein dänisches Grundstück erworben worden ist. Es sollten nur die in deutschen Besitz befindlichen Grundstücke erhalten bleiben.

F.: Sie wollten die Leute in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland bringen, dadurch, dass sie von den Deutschen

Krediton abhaengig waren?

A. Nein das hat mit Deutschland nichts zu tun gehabt.

F.: Warum haben Sie mit der Schweiz gearbeitet?

A. Weil wir unmittelbar mit diesen Dingen nichts zu tun haben wollten.

F.: Warum nicht?

A. Weil wir nur die Leute staetzen wollten.

F.: warum ueber die Schweiz, das haetten Sie doch auch von Deutschland aus machen koennen?

A. Wir wollten das von Berlin aus nicht machen, weil das ausgehen haette, als wenn wir einen politischen Zweck verfolgt haetten.

F.: Ueber die Schweiz ist es noch schlimmer!

A. Das war doch ganz offen.

F.: warum haben Sie das nicht direkt machen koennen?

A. weil wir die Leute nicht in die Gefahr bringen wollten, dass man ihnen mal Vorwurfe machen wuerde, sie haetten deutsche Gelder als Kredit angenommen.

F.: Das ist sowieso gekommen!

A. Ja, aber vorher war das nicht.

F.: Das deutsche Geld ist doch in die Schweiz gekommen?

A. Ja.

F.: Das war ein Umweg, den man sich haette ersparen koennen?

A. Ja gewiss, aber es wurde gemacht, damit die Leute keinerlei Belastung hatten, von Deutschland Geld bekommen zu haben.

F.: Wenn man diesen Leuten Vorwurfe machen wollte, weil sie von Deutschland zu diesem Zeitpunkt Geld bekommen haben.....

A. VOGELIANG hatte das als Voraussetzung der Aufnahme ihrer Taetigkeit so gewollt. Sie wollte das Geld nicht von Berlin haben und hat es auch nicht von Berlin genommen.

F.: Wer war der Chef der Anstalt "VOGELIANG"?

A. Der Rechtsanwalt VOGELIANG.

F.: Ich habe sehr viel ueber diese Sache reden hoeren, und zwar

aus sehr guten Quellen, unter anderem dem Finanzminister  
SCHWARZ-KRUMHOLTZ, dass diese Gesellschaft "Vereinigte  
Finanzkontoren" politischen Einfluss auf die Bevölkerung  
der Grenzgebiete nehmen wollte!

- A. Der Zweck war der, die verlorenen Güter wirtschaftlich so  
zu unterstützen, dass sie nicht zu Grunde gingen, denn  
jeder fremde Staat, zu dem damals die Gebiete kamen, hat  
von den nationalen Instituten, also ihre Banken abgeschaltet,  
so dass diese Menschen in wirtschaftliche Schwierigkeiten  
kamen.
- F.: Gab es nicht viele Leute, die sehr schlecht dran waren und  
die Deutschen nicht unterstützten?
- A. Die Hilfe war nur in den Gebieten, die durch den Friedens-  
vertrag von Versailles abgetrennt wurden. Das waren zum  
Beispiel Deutsche im Ausland und denen wollte man helfen. Das  
ist damals schon passiert 1923/24, damals war ja von Natio-  
nalsocialismus keine Spur, damals war es noch die Weimarer  
Regierung, die diese Dinge eingerichtet hat und diese  
Regierung hat diese Unterstützungen gemacht. Das ist da-  
mals nicht geheimnisvolles gewesen.
- F.: Sie hatten auch mit Devisen disponiert?
- A. Selbstverständlich.
- F.: Woher bekamen Sie die Devisen?
- A. Damals war keine Devisenbeschränkung in Deutschland.
- F.: Aber später!
- A. Ja habe ich keine gebraucht. Das lief alles in Deutschland.
- F.: Es sind aber Gelder in die Schweiz gebracht worden, woher  
kamen die?
- A. Die Gelder wurden ordnungsgemäss in die Schweiz überwie-  
sen.
- F.: Durch die Reichsbank?
- A. Welche Bank eben den Auftrag hatte.
- F.: Sie hatten Vollmacht?

- A. Ich allein nicht, es waren mehrere Vorstandsmitglieder.
- F.: Wer?
- A. KRASER-MORLLENBERG, LINDNER, WIEDAU, DR. FR. MULLER, RICH-  
TER.
- F.: Von wem haben Sie die Devisen bekommen?
- A. Die wurden eingeholt.
- F.: Um Gelder ins Ausland zu bringen war damals sehr schwierig?
- A. Das war nicht schwierig. Schwierig war es nachher, als wie-  
der die Devisenbeschränkung eingeführt wurde, aber von 25  
bis 33 war das nicht schwer.
- F.: Wie war es 36/37/38?
- A. Da ist es ueber die Reichsbank gelaufen.
- F.: Es ist eine wichtige Angelegenheit Devisen im Ausland zu  
verwenden. Wer gab Ihnen Vollmacht die Gelder anzuweisen?
- A. Die Finanzkontrolle stand unter der Aufsicht des Finanz-  
ministeriums. Das hat es dann genehmigt.
- F.: Darum hat man eine so grosse Gesellschaft aufgebaut?
- A. Das war keine Gesellschaft und kein Geschaeft, das war ein  
Einschuss, eine Stuetzungsaktion.
- F.: Aber mit einem politischen Hintergrund, das muessen Sie doch  
zugeben?
- A. Nein es die Leute als Deutsche wirtschaftlich nicht zu Grun-  
de gehen zu lassen, denn dann haetten sie auswandern mues-  
sen.
- F.: Wie lebten ja in Daenemark?
- A. Das war ja doch eine deutsche Minderheit. Es gab damals  
eine grosse nationale Gesetzgebung der deutschen Minder-  
heit, die gestuetzt wurde.
- F.: Die Leute sollten in Daenemark bleiben als ein deutscher  
Stuetzpunkt. Das war die Frage. Sie haben sehr viel Geld  
benoht, war es nicht besser die Leute ins Reich zu bekom-  
men?
- A. Aber die Regierungen standen damals auf dem Standpunkt, dass  
die Leute bleiben. Die daenische Regierung hat damals sehr

viel fuer diese Leute getan. Sie hat auch die Leute ge-  
stuetzt, Gueter unterhalten usw.. Das war damals ein ab-  
kommen gewesen.

F.: Aber sie hat kein Duero in der Schweiz erreicht, sie hat  
direkt gezahlt!

A. Ich weiss nicht, ob die Deutschen so direkt gezahlt haben oder  
wie sie es gemacht haben.

F.: Sie wissen es doch?

A. Wie, weiss ich nicht, nur die Tatsache steht fest, dass sie  
es gemacht hat.

F.: Ich finde keinen tieferen Grund warum die Geschaeftle ueber  
die Schweiz geleitet worden sind?

A. Das war damals allgemein so und das Kinderheitsrecht war von  
jeder Regierung als Voelkerrecht eine grosse Angelegenheit.

F.: Der Name QUISLING ist Ihnen gelaenfig?

A. Wie er mir gelaenfig ist, von der Presse her.

F.: Wann haben Sie zum ersten Mal QUISLING gesehen?

A. Ueberhaupt nie, auch nie gesprochen.

F.: HACHMANN?

A. Nie geseent.

F.: Am 17.8.38 haben Sie einen Brief von Reichsleiter, auswaer-  
tiges Amt, politische Abteilung Dr. WINKLER, Berlin, bekom-  
men!

Dr. HARTMANN liest den Brief vor.

F.: Koennen Sie damit etwas verbinden?

A. Das kann Herr SCHIENBANK gewesen sein.

F.: SCHIENBANK und SCHMIDT!

A. Das kann sein.

F.: Was ist damals geschrieben worden?

A. Das weiss ich nicht.

F.: Sie haben in dieser Angelegenheit mit GOEBBELS gesprochen?

A. Nein.

F.: Wissen Sie von welcher Angelegenheit ich spreche?

A. Nein.

F.: Wieso können Sie dann sagen, dass Sie mit GERMING nicht gesprochen haben?

A.: Ich kann mich nicht entsinnen, dass ich wegen norwegischen Angelegenheiten mit GERMING gesprochen habe. Er hat in einer schwedischen Angelegenheit mit mir gesprochen, dass Einflüsse auf eine Leitung geübt werden wird.

F.: Welche Leitung?

A.: Ich weiss nicht mehr. Sie war in Stockholm, war eine Sache mit Ivar KROGER und diese Angelegenheit sollte Aussenminister HIBBERTOP mit mir besprechen. HIBBERTOP hat sich zu sich bestellt, aber wir haben keinen Weg zusammengefunden. Er wollte, dass ich in seine Botschaft trete, was ich ablehnte und wir sind sehr kurzweilig auseinander gegangen und ich habe nie mehr etwas gehört.

F.: Das war 56/59?

A.: Das weiss ich nicht mehr.

F.: Es handelt sich um einen Brief, der an GERMING gerichtet war?

A.: Ja.

F.: Von wem?

A.: Von einem Schweden. Das war der Ausgangspunkt. Er hat mir nur gesagt, es sollten Gelder bereitgestellt werden, ob ich das kann.

F.: Es war damals die Rede davon, dass ein Vertrauensmann nach Schweden geschickt werden sollte?

A.: Das weiss ich nicht, soweit habe ich damit nichts zu tun gehabt.

F.: Damals wurde Ihnen der Brief vorgelegt. Ein Brief an GERMING?

A.: Ich weiss mich nur zu entsinnen, dass diese Unterredung bei GERMING stattgefunden hat. Er hat mir nichts in die Hand gegeben. Er hat mir nur das gesagt und hat mich gebeten HIBBERTOP anzurufen.

F.: Was war der Standpunkt GORRINGE in dieser Sache?

A. Er wollte es machen. Er sagte, wenn es möglich ist es zu machen, dann soll es getan werden. Ich persönlich habe gleich bei RIBBENTROP abgelehnt. Er stellte mir das an-suchen, ich solle bei ihm arbeiten und mich von Film und GORRINGE trennen. Ich wollte nicht, trotzdem er mit einer höheren Stellung winkte.

F.: Welche Stellung?

A. Eine höhere Stellung damit ich bei ihm arbeite.

F.: GORRINGE wollte also eine schwedische Zeitung unterstützen, und zwar um Einfluss darauf zu bekommen.

A. Ja.

F.: Sie haben damals nicht nein gesagt?

A. So weit war es ja nicht. Ich konnte doch nicht, wenn GORRINGE mich kommen liess, sagen; ich will nichts davon wissen. Er sagte, ich mochte mit RIBBENTROP weiter darüber sprechen, meldete mich bei diesem an, sagte mir auch, dass er die Devisen zur Verfügung stellen wolle und damit war die Sache fuer GORRINGE erledigt. Ich habe dann mit RIBBENTROP gesprochen und die Sache ist dann gescheitert.

F.: Es ist so, dass die Sache Veranlasst wurde durch einen Schweden?

A. Das weiss ich nicht. Ich habe es nur von GORRINGE gehoert.

F.: Wann war das?

A. Ich weiss es nicht mehr, vielleicht 36 oder 38.

F.: Aber es war keine Frage einen Fucherrat in Schweden zu errichten?

A. Davon weiss ich nichts.

F.: Haben Sie mit Norwegern ueber Filme gesprochen?

A. Nein, nie, nicht unmittelbar.

F.: Mittelbart?

A. Filmpropaganda ist wieder ein anderes Gebiet. Im Film selbst habe ich nichts gemacht. Wenn in Norwegen Propaganda gemacht werden ist, dann hat das die Ufa gemacht.

Ich war nur Treuhänder fuer die Reichsfluggesellschaft.

F.: Es liegt hier ein Brief vor:

Mr. HARTMANN liest den Brief vor.

F.: Erinnern Sie sich?

A. Nein an diesen Brief nicht, aber damit will ich nicht 100%ig ablehnen. Ich kann es nicht positiv sagen, dass ich aber mit GOSRING ueber Norwegen gesprochen habe, stimmt nicht, das weiss ich positiv.

F.: Mr. HARTMANN liest weiter.

A. Ich kann mich auf diesen Brief nicht besinnen. Ob ich ihn erhalten habe? Jedenfalls habe ich weder mit GOSRING noch mit GOSSELIS darueber gesprochen. Wenn ich aus dem Inhalt etwas sagen soll. Es waere sonderbar, wenn Herr GOSSELING nicht mit GOSSELIS sprechen will, dann soll ich mit ihm sprechen. Das stimmt nicht.

F.: Ist der Brief nicht sachlich?

A. Ich kann mich auf diesen Brief nicht besinnen. Eines ist aber positiv, es ist nie etwas geschehen, wenigstens nicht mit meiner Mitwirkung.

F.: Sicher ist etwas gemacht worden!

A. Ja vielleicht hat das Herr SCHICKELBAUM gemacht.

F.: Warum hat er diesen Brief an Sie gerichtet?

A. Er hat mich sicher hereinziehen wollen.

F.: Dieser Brief deutet auf eine fruhere Besprechung hin?

A. Das ist moeglich. SCHICKELBAUM gehoerte zum Beirat der Bayerischen Finanzkontore. Er hat mir vielleicht gesagt, er moechte mal mit mir darueber sprechen. Das kann sein, so was ist mal passiert.

F.: Kennen Sie den Namen HIPPKE?

A. Keinen Sie den ostpreussischen General, Landwirtschafts-  
direktor von HIPPKE? Den hat es mal in Ostpreussen gegeben.  
Er wurde 1933 von den Nazis verfolgt und starb dann.

F.: Starb?

A. Ja, aber ob das derselbe ist, weiss ich nicht.

F.: Wie ist sein Vornamen?

A.: Das weisse ich nicht, ich habe ihn nie gekannt.

F.: Warum ist er verfolgt worden?

A.: weil er 1935 ein Gegner war.

F.: Hatte er einen Sohn?

A.: Das weisse ich nicht. Ich kam nur darauf, weil Sie mich nach dem Namen fragten.

F.: Kennen Sie DELAPORTE?

A.: Den kenne ich auch nicht.

F.: Sie haben von GORRING durch KUMMER den Auftrag bekommen gewisse geschäftliche Angelegenheiten mit QUISLING zu arrangieren?

A.: Das ist mir nicht bekannt. Das habe ich nicht bekommen und ich habe vor allen Dingen keine arrangiert. Nicht die geringsten.

F.: Nein?

A.: Nein.

F.: Haben Sie den Auftrag nicht bekommen?

A.: Nein, den kann ich nicht bekommen haben.

F.: Es ist komisch, denn es liegt aktenmässig fest!

A.: Vielleicht sagen Sie mir Bacheres. Vielleicht, dass ich dann darauf komme und mein Gedächtnis aufgefrischt wird. Ich kann nicht darauf kommen. Ich bin schon in einer anderen Vernehmung danach gefragt worden.

F.: Sind Sie von Norwegern vernommen worden?

A.: Nein.

F.: Wie?

A.: Nein.

F.: Es gibt einen Brief vom S.S. an GORRING. Dieser Brief ist Ihnen überreicht worden.

A.: Und was betrifft er?

F.: Finanzielle und statistische Angelegenheiten.

A. Nein da habe ich nichts damit zu tun gehabt.

F.: Ist es möglich, dass man es archivmassig gemacht hat, ohne ihn abzuschicken?

A. Das mag sein. Ich habe ihn nie bekommen.

F.: Sie haben erachtet, dass Sie den Auftrag bekommen haben!

A. Das kann ich nicht. Wie kann ich das erachtet haben, wenn ich nichts davon weiss? Ich wüsste mich doch daran erinnern!

F.: KOEHLER hat mit Ihnen darüber gesprochen?

A. KOEHLER? nein.

F.: Wenn aber KOEHLER ja sagt, was sagen Sie dann?

A. Dann muss er mir das auch beweisen. Er ist nicht gerade ein Mensch der ein zuverlässiges Gedächtnis hat.

F.: Warum?

A. Er hat doch nur immer über diesen Dingen geschwätzt.

F.: Sie sollten mit SOMMER darüber sprechen und das haben Sie getan, das steht fest.

Mr. HARTMAN zeigt WINKLER den Brief.

A. Ich kann mich nicht besinnen diesen Brief erhalten zu haben.

F.: Verstehen Sie englisch?

A. Nein.

F.: Überhaupt nicht, kein Wort?

A. Nein, nur das bisschen was man mal so hört, aber das auch nicht ganz.

F.: Mr. HARTMAN liest englisch vor.

A. Nein, ich verstehe nichts.

F.: Es gibt Material darüber, ich habe es zwar gerade nicht hier, aber ich kenne es. Wenn Briefe bestehen, die besagen, Energiemeister WINKLER hat sich mit diesen Fragen beschäftigt, vielleicht ist ein Brief von Ihnen unterzeichnet, was würden Sie dann sagen?

A. Wenn ich ihn lese werde ich wohl darauf kommen wie die Sache gewesen ist, aber so kann ich mich nicht darauf besinnen.

Es ist so, dass dann doch etwas geschehen sein musste, was aber nicht der Fall ist. Es musste doch eine Folge gegeben habe, die ich in Gedächtnis haben musste.

F.: Es war die Rede von einer schwedischen Zeitung. Es war auch mal die Rede von dem Ankauf einer norwegischen Zeitung. Glauben Sie nicht, dass diese zwei Angelegenheiten mit dem Ankauf einer norwegischen Zeitung, gerade in dieser Verbindung vorgekommen ist?

A. Das war früher, vielleicht 1-2 Jahre früher. Wenn Sie mir sagen, dass das Anfang September, bei Beginn des polnischen Krieges gewesen sein soll, dann ist das ausgeschlossen.

F.: Herbst 1939.

A. Von wem ist der Brief, von SCHICKELBAUM?

F.: 17. August?

A. Auch unmittelbar davor. Vielleicht waren es Absichten oder Vermutungen.

F.: Kannten Sie KATZIN?

A. Ja, er war im Vierjahresplan. Ich habe nicht direkt mit ihm zu tun gehabt, ab und zu habe ich mal mit ihm gesprochen.

F.: Durch KATZIN wurde eine Organisation im Ausland finanziert?

A. Das weiss ich nicht.

F.: Was wissen sie ueber KATZIN?

A. Er war im Vierjahresplan, aber ich habe nichts direkt mit ihm zu tun gehabt.

F.: Dass er Erz fuer Deutschland in Norwegen sichergestellt hat?

A. Dasit habe ich nichts zu tun gehabt.

F.: Koennen Sie sich nicht an diesen Brief erinnern?

A. Nein.

F.: Sie haben ihn doch nicht so auf die Seite gelegt?

A. Doch, das gibt es schon. ROSENBERG mutete mir zu, ich soll seine Angelegenheiten bei GOMBERG und BORRING erledigen.

Ich war doch nicht der Mann dazu. Da wuerde jeder der beiden Herren gesagt haben; kann sich ROSENBERG nicht direkt

an mich wenden. Deshalb ist mir dieser Brief so unverstaendlich.

F.: Sie haben sich mit vielen Sachen beschaeftigt, haben auch Interessen gehabt in Deutsch-Ostafrika und Ruessien?

A. In Ostafrika? nein. Aber in Ruessien. Die Siebenbuenger Sachsen haben auch Kredit bekommen.

F.: in welchem Verhaeltnis standen Sie zu LORENZ?

A. Er war mein unmittelbarer Nachfolger. Was die Finanzkontore gemacht haben, das hat er dann uebernommen. Die Finanzkontore sind nicht eingegangen, sie hatten ihre Kredite noch zu verwalten gehabt.

F.: Wie haben Sie mit LORENZ zusammengearbeitet?

A. Ich habe selbst dann wenig oder gar nichts mehr zu tun gehabt, weil ich dann diese Dienstgeschaeftse ruhen liess.

F.: Aber die Finanzkontore unterstanden Ihnen doch formell?

A. Ich war noch Verstaendnismitglied geblieben.

F.: Wer war der eigentliche Chef?

A. Dr. WERNER.

F.: Von welchem Zeitpunkt an?

A. WERNER war schon lange Verstaendnismitglied.

F.: Wann wurden Sie Chef?

A. Bei der Gruendung 1923.

F.: Bis wann?

A. Bis 1945.

F.: Wie sind die ganze Zeit Chef gewesen?

A. Ich war Verstaendnismitglied und wir waren gleichberechtigt.

F.: Gab es keinen Chef?

A. Nein das gibt es bei den S.m.b.H.s nicht, dass einer Chef ist. Da ist jeder gleichberechtigt.

F.: Kennen Sie das Buch: "Die Stadt auf der Bruecke"?

A. Nein.

F.: Wie sind von GOEBBELS beauftragt worden die deutsche Filmindustrie zu rekonstruieren?

A. Ja das habe ich getan.

F.: Dann haben Sie eine sehr starke Stellung im deutschen Film gehabt?

A. Ja ich habe die deutsche Filmgesellschaft unter ~~GOEBBELS~~ geleitet.

F.: Kennen Sie zufaellig den Reichstagsabgeordneten ~~TORRELLER~~?

A. Ja der war in einer meiner Dienststellen.

F.: In welcher?

A. Industriebetreuungsstelle, Ost, Abteilung ~~ALBRECHT~~, da war Dr. ~~KATZ~~ Chef.

F.: Und ~~TORRELLER~~?

A. War meines Wissens in der Buchhaltung.

F.: Wie ist er zu Ihnen gekommen?

A. Er kam durch ~~SOEDERLE~~, welcher mir mal sagte, diesem Mann ist beim Reichstagsbrand Unrecht geschehen und es bestand der Wunsch ihm eine Existenz zu geben, ob ich ihm nicht beschaeftigen koenne. Das habe ich dann getan.

F.: Wann ist er zu Ihnen gekommen?

A. Ich glaube 1943.

F.: Wo ist er jetzt?

A. Er war zuletzt in Bueckeberg.

F.: Was war seine Aufgabe?

A. Er war in der Buchhaltung.

F.: Wo fuer?

A. Die Treubandgesellschaft hatte doch grosse Buchhaltungssachen, Verwaltung von polnischen beschlagnahmten Guetern und Versaegen usw..

F.: Zu derselben Zeit waren Sie auch bei den Finanzkontoren?

A. Ja. Das war eine alte Stellung. Ich habe die Geschaefte der Finanzkontore nicht mehr selbst wahrgenommen. ~~WERNER~~ ist alle Monat zu mir gekommen und hat mir erzaehlt.

F.: War ~~TORRELLER~~ nicht Nationalsozialist?

A. Nein.

F.:

F.: Aber er hat sich denn mit diesen polnischen Geschichten befasst?

A. Nein er hat damit wohl nichts zu tun gehabt. Das war das beschlagnahmte Vermögen der Polen in Deutschland.

F.: Aber Sie haben.....

A. Ich habe selbst nicht mit ihm gearbeitet. Ich habe ihn mal kennengelernt, habe aber nie mit ihm gesprochen.

F.: Wissen Sie sonst etwas ueber die Vorbereitungen des Krieges mit Norwegen?

A. Nichts.

F.: Haben Sie etwas gehoert?

A. Nein ich habe eine Zeitung in die Hand bekommen und habe davon gelesen.

F.: Die Arbeiten in Daenemark sind dann fortgesetzt worden?

A. Nein.

F.: Kennen Sie Herrn von STENHOFF

A. Ist mir kein Begriff.

F.: Zu welchen Daenen hatten Sie Verbindung?

A. Ich hatte mit keinem Verbindung.

F.: Lehrregiment Brandenburg, ist das fuer Sie ein Begriff?

A. Nein.

F.: Wie heiisst das Buere in der Schweiz?

A. Das kann ich Ihnen nicht sagen unter welchem Namen das ging. Ich kann Ihnen aber einen Rechtsanwalt Dr. SPARR sagen, der da war.

F.: Wo wohnt der?

A. In Buerich.

F.: Kennen Sie nicht den Namen der Gesellschaft?

A. Nein, weil diese Gesellschaft meist franzoesisch genannt wurde. Ich habe den Namen nicht behalten.

F.: Das verstehe ich nicht.

A. Ich werde Ihnen die Abkuerzung des Namens nennen. Diese Ge-

Gesellschaft hatte einen französischen Namen und wir haben sie nur unter der Abkürzung benutzt.

F.: Besteht diese Gesellschaft noch?

A.: Ich weiss seit 45 nichts mehr.

F.: Waren grosse Gelder investiert?

A.: Nein.

F.: Wieviel?

A.: Ein paar Millionen Franken, wieviel weiss ich nicht. Der Name war "ACORÉ".

F.: Wohin haben Sie sonst Gelder geschickt? Rumänien, Dänemark, Polen?

A.: Das Memelgebiet und auch Kuppen-alsedi wurde eine Zeit betreut, der Teil, der dann zu Belgien kam lt. Versailler Vertrag.

F.: Überhaupt Gebiete, die Deutschland ungern loswerden wollte?

A.: Der Versailler Vertrag wurde als grosses Unrecht betrachtet.

F.: Deshalb wurde nur das Geld verwendet fuer deutsche Gruppen, die in diesen Gebieten des Versailler Vertrages waren und sich dort halten sollten?

A.: Jawohl. Die Deutschen sollte dort bleiben, wenn einmal eine Aenderung eintreten sollte.

F.: Ist dann Geld auf laengere Zeit platziert worden?

A.: Noch in Dänemark waren es alles Hypotheken. Das ist nichts Geheimnes gewesen. Die Hypotheken wurden eingetragen. Die Bank VOSKREANG wurde ja gegründet mit der Genehmigung der dänischen Regierung. Die dänische Regierung hat selbst die Bank kreditiert.

F.: Die Finanzierung ging durch ging ueber diese Kreditanstalt in der Schweiz? So kam das zum Ausdruck? In den Buechern der Bank?

A.: Das war nicht noetig. Die dänische Regierung hat genau gewusst, dass das Geld an die Bank ging und dass diese es an die Grundstuecke gegeben hat.

F.: Die schweizer Gesellschaft war eine Kreditgesellschaft?

A. Ja.

F.: Kennen Sie AGE eben?

A. Nein.

F.: Nach Norwegen haben Sie auch Gelder gegeben?

A. Nein. Da waren keine Deutschen.

F.: Doch.

A. Das hat mit dem Versailler Vertrag nichts zu tun gehabt.

F.: Da waren deutsche Stiftungen?

A. Da habe ich nichts damit zu tun gehabt. Das war Sache von  
KRAMER-NOLLENBERG.

F.: Das war seine Spezialitaet? welchen Zweck hatte das?

A. Die Schulen und Kirchen zu stuetzen.

F.: Das war fuer die deutsche Religion?

A. Ja.

F.: Um die deutsche Sprache aufrecht zuerhalten?

A. Ja.

F.: Das war nicht als Notmassnahme anzusehen, das war aus po-  
litischen Gruenden!

A. Ja.....

F.: Sie haben gesagt, dass die Minderheiten in Schleswig unter-  
stuetzt wurden, weil sie sonst das Leben nicht aufrechter-  
halten konnten. Wenn man das angesehen hat, dann war das  
eine politische Geschichte!

A. Das ist richtig.

F.: Kennen Sie den Namen SPAN? X

A. Nein.

F.: KLAUS? X

A. Nein ich kenne diese Leute alle nicht. Diese Sachen hat KRA-  
MER-NOLLENBERG bearbeitet.

F.: Wer der ihnen unterstellt?

A. Nein er war gleichberechtigt.

F.: Sie haben aber die Sachen bearbeitet?

A. Ich musste ja wissen, was ein Vorstandsmitglied machte. Bei irgendwelchen Schriftstücken brauchte man auch die S. Unterschrift, und insofern war ich damit beschäftigt.

F.: Gab es Leute in Amerika die von Ihnen unterstützt wurden?

A. Nein das gab es nur in Europa. Ich habe das Herrn Dr. KAMP-NAK schon mal schriftlich geschildert.

F.: Sie haben Einfluss auf Buchereien und Schulen im Ausland gehabt?

A. Nein ich nicht, höchstens die deutsche Stiftung.

F.: Die deutschen Handelsakademien waren zum Teil von den Vereinigten Finanzkontoren abhängig?

A. Das ist nicht richtig.

F.: Haben Sie eine Kontrolle über wirtschaftliche Interessen in den deutschen Kolonien gehabt?

A. Nein.

F.: Kennen Sie die norwegische Zeitung Abbenrate?

A. Ja die kenne ich, die hat Unterstützung bekommen.

F.: Von Ihnen?

A. Ja.

F.: Die Buchereizentrale Norwegen?

A. Nein.

F.: Andere Zeitungen?

A. Keine. Es war eine in Tondern, die habe ich aber nicht unterstützt.

F.: Wer, glauben Sie, kann mir Auskunft über diese schweizer Gesellschaften geben.

A. Dieser Dr. SPAIN ist viele Jahre dort als treuhänderischer Vermittler gewesen.

F.: Von wem aus?

A. Das weisse ich nicht.

F.: Alle Geschäfte, die Sie gemacht haben, gingen über die Schweiz? Die Gelder nach Belgien, Rumänien, usw. gingen über die Schweiz?

A. Ja.

F.: Wenn Sie ganz ehrlich sein wollen, dann müssen Sie doch sagen, dass es eine politische Gesellschaft war!

A. Keine politische. Wir haben keine Politik gemacht. Wir haben wirtschaftliche Unterstützung gegeben.

F.: Wirtschaftliche Unterstützung fuer politische Zwecke!

A. Nein, unser Ziel war, das Deutsche im Ausland zu stuetzen und den Platz dieser Gebietsteile zu sichern, nachdem durch den Versailler Vertrag diese Gebiete abgetrennt waren. Wir haben keine Politik gemacht und haben auch damit nichts zu tun gehabt.

F.: Haben Sie den Leuten Bedingungen gestellt? Z.B. wenn mal Einer eine Anleihe aufnehmen wollte, war es dann moeglich Bedingungen zu stellen?

A. Gewiss war das moeglich, aber wir haben ueber diese Anleihen mit den einzelnen Kreditnehmern nicht verhandelt. Die kannten wir gar nicht. Das hat in Daeenmark die Bank VOGELBANG gemacht.

F.: Die stand aber unter Ihrer Kontrolle?

A. Nein die Schweiz. Wir haben die Sachen nicht bearbeitet, uns auch nicht unmittelbar eingemischt. Wir bekamen unseren Bericht und die Stellungnahme ueber die Schweiz, wo die Antraege hinkamen.

F.: Dann wurden sie nach Berlin geschickt und wurden genehmigt oder nicht?

A. Ja. Wir haben dann entschieden, ob die Mittel gegeben werden oder nicht. Darf ich vielleicht erklaren, dass das aber alles schon waehrend der demokratischen Regierungszeit, von 1920 bis 33 war. Das hat diese Regierung gemacht und nicht erst die Nationalsozialisten. Darin liegt der Grund, weshalb ich nachher die Sache fortsetzen musste,

Arbeiten... ich war nie Nazi und musste der Partei...

her, auf Anforderung, beitreten. Dadurch ist das geschehen, dass ich es machen musste. Dadurch waren die Rechte der abgegrenzten Kinderheiten gelassen worden. Da kann man doch 25 Jahre später nicht zur Hochenschaft gezogen werden?

F.: Ich möchte nur wissen wie das abgelaufen ist?

A. Ich habe Ihnen die Wahrheit gesagt, so wie ich es noch weiss.

F.: Sie haben, was die Vereinigten Finanzkontore betraf, Ihre Aufforderungen von leitenden Personallichkeiten des Reiches bekommen, Gelder fuer diese Zwecke zu versenden?

A. Nein. Die Vereinigten Finanzkontore fuhrten ihre Geschaeftte fast gansuso weiter wie vorher, d.h. das Reichsfinanzministerium bestimmte was fuer Gelder gegeben wurden.

F.: Also SCHROEDER-KRUEGER?

A. Der war der Chef. Nun hatte die Partei die Volksdeutsche Mittelstelle geschaffen und diese wollte die Sache uebernehmen und da haben wir uns gewissermassen gewehrt und geweigert. Das Finanzministerium wollte es nicht und das Auswaertige hat auch nicht. Es gelang aber der Volksdeutschen Mittelstelle eigene Mittel zu bekommen und da haben sie das dann auf eigene Faust gemacht.

F.: Welche Ziele hatte die Volksdeutsche Mittelstelle?

A. Sie hatte parteiliche Ziele. Das war eine reine Parteiorganisation, waehrend wir auf der alten demokratischen Grundlage arbeiteten. Die haben nachher das Wirtschaftliche beiseite gelassen. Sie haben nachher grosse Anstrengungen gemacht in Rumänien die Deutschen zu vereinigen usw., also Sachen, die die Vereinigten Finanzkontore tangierten.

F.: Kennen Sie SCHROEDER Ernst?

A. Ja den kenne ich. Der hat die dänische Zeitung in Apenrade betreut.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Mss. 2617/60	Best. 25 517
Rep. /	Kat. v.L.

25-577-94

Aufzeichnung über eine Unterredung mit Herrn Bürgermeister a.D.  
Dr. h.c. Max W i n k l e r am 11. April 1960 in Düsseldorf,  
Grünstraße 24 (Büro Dr. Winkler)

Bei meinen einleitenden Bemerkungen über mein Arbeitsvorhaben (Volkstumspolitik) und die Quellenlage hierzu wies mich Dr. W. darauf hin, dass auch Werner Lorenz (ehem. Leiter der Volksdt. Mittelstelle) in Düsseldorf wohne. Er (Winkler) habe Lorenz erst kürzlich zu Besuch gehabt. Bezüglich der Deutschen Stiftung könne ich mich außerdem an Dr. Evert wenden (Adresse: Berlin-Zehlendorf, Düppelstraße 23). Evert, der wie Krahmer-Möllenberg Reg. Rat gewesen sei und gleichfalls der Preuß. Verwaltung entstamme, sei seit ca. 1921/22 die rechte Hand von Krahmer-Möllenberg in der Deutschen Stiftung gewesen.

Bei der weiteren Unterredung zeigte sich Dr. W. keineswegs zurückhaltend, sondern berichtete, während ich mich im wesentlichen auf Zwischenfragen beschränkte, von sich aus über die Anfänge seiner Karriere als Reichstreuhänder seit 1919.

Anfang 1919 sei er als Graudenzener Abgeordneter der Demokratischen Partei in die Verfassunggebende Preuß. Landesversammlg. gewählt worden, nachdem er sich vorher nur kommunalpolitisch in Graudenz (zeitweise Bürgermeister) betätigt habe. Ca. 9 - 12 Abgeordnete der Preuß. Landesversammlg. bzw. der Nationalversammlung aus Westpreußen, Posen und Oberschlesien hätten damals (Frühjahr 1919) den Parlamentarischen Ostausschuß in Berlin gebildet. Vorsitzender des Ostausschusses sei der Zentrumsabg. in der Nationalversammlung, Paul Fleischer, Stellvertretender Vorsitzender er (Winkler) gewesen. Weitere Mitglieder des Ostausschusses seien H o e t z e c h von den Deutschnationalen und W e n d e von den Sozialdemokraten (Gewerkschaftssekretär aus Bromberg, später Polizeipräsident von Elbing), gewesen. In Bromberg, das 1919 noch nicht von den Polen besetzt gewesen sei, habe der Ostausschuß eine Art Verbindungsstelle eingerichtet (auf meine Frage erklärte Dr. W., diese sei wohl identisch mit der in den Akten Reichskanzlei 1919 erwähnten "Zentralarbeitsgemeinschaft"). Mit ihr habe sich eine zeitlang (Juni/Juli 1919) auch Dr. Goerdeler (als damaliger politischer Verbindungsoffizier des Chefs der XVII. Armee, General Below) zu tun gehabt.

Institut für Zeitgeschichte

Als Verbindungsmann des Ostausschusses in Berlin zur preußischen Regierung habe vor allem Krahmer - Möllenberg gewirkt, der bis 1918 Regierungsassessor bei der Regierung in Bromberg gewesen und 1919 in das Preußische Innenministerium berufen worden sei, wo er unter Ministerialdirektor Loehrs in der Ostabteilung tätig gewesen sei. Im Frühjahr 1919 habe der parlamentar. Ostausschuß sein Bemühen zunächst im Einvernehmen mit den Provinzialbehörden im Osten, den Sprechern der deutschen Volksräte und den Militärs darauf konzentriert, ein weiteres polnisches Vordringen zu verhindern. Enge Beziehungen insbesondere zum Oberpräsidenten von Ostpreußen (v. Batocki) wie vor allem auch zu den Befehlshabern der im Osten stationierten Truppen (General Otto v. Below) führten zu dem Vorhaben, notfalls mit Gewalt die Abtretung der Ostgebiete zu verhindern. Unmittelbar vor der Annahme der Versailler Friedensbedingungen sei es dann über die von den Generalen im Osten geplanten militärischen Aktionen in Weimar zu einer Besprechung mit den Mitgliedern des Ostausschusses gekommen, an der auch Groener von der OH teilgenommen habe [es handelte sich vermutl. um die in Groeners Lebenserinnerungen, S. 504 genannte Besprechung am Abend des 20. Juni]. General von Below, der über/<sup>das</sup>beabsichtigte Unternehmen berichtete, sei von Groener in aller Schärfe unterbrochen worden. Groener habe das Unternehmen verurteilt und General v. Below Verhaftung angedroht, falls etwas derartiges passiere [entspricht nicht der Darstellg. in Groeners Lebenserinnerungen, möglicherweise hat W. hier spätere Entwicklungen, Belows Entlassung am 24.6., in diese Sitzg. hineininterpretiert]. Die Minderheit des Ostausschusses habe sich dennoch zunächst Groeners Ansicht nicht ohne weiteres unterwerfen wollen. Erst als bei Vertretern des Ostens selbst (Reichskommissar Hörsing von Schlesien) und auch bei einigen SPD-Vertretern im Ostausschuß (zu denen Wende nicht gehörte) Widerstand gegen den militärischen Aufstandsplan bemerkbar wurde, habe man aufgegeben. Die geplante militärische Aktion sei unterblieben. Auf meine Frage gab Dr. W. an, er sei seines Wissens der einzige noch Lebende, der an dieser Sitzung teilgenommen habe. - Ihm, Winkler, und den anderen Mitgliedern des Ostausschusses sei nunmehr klar geworden, dass die Provinzen Posen und Westpreußen nicht mehr zu halten seien. Er habe deshalb bald nach jener Sitzung seine

ganze Kraft darauf verwandt, bei den zuständigen Preussischen und Reichs-Ministerien vorstellig zu werden, um Schritte einzuleiten, die seiner Meinung nötig gewesen seien, um noch vor der endgültigen Abtretung der Ostgebiete Vorkehrungen zu treffen, die der Erhaltung des Deutschtums in diesen Gebieten dienen sollten. Im Einvernehmen mit Krahrner-Möllenberg habe er einen genauen Plan ausgearbeitet, der sich vor allem auf die Erhaltung der dt. Schule, der dt. Kirche und der dt. Presse in den abzutretenden Gebieten konzentrierte. Im Sommer 1919 sei es daraufhin zu einer Ressortbesprechung im Preussischen Kultusministerium gekommen, deren Vorsitz Graf Lerchenfeld (damals Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt) geführt habe. Er, Winkler, habe hierbei in einem etwa einstündigen Vortrag seinen Plan zur Erhaltung des Deutschtums in den abzutretenden Gebieten dargelegt, und er habe hierbei fast einhellige Zustimmung gefunden. Graf Lerchenfeld habe ihn gebeten, diesen Plan schriftlich zu fixieren. Er, Winkler, habe dies bereits am nächsten Tag getan. Dann seien zunächst ca. 3 Monate vergangen, ohne dass ein Entschluß gefaßt worden sei. W. erzählte, dass er sich in der Zwischenzeit in Schneidemühl als Sozjus in einer Grenzspedition in Schneidemühl betätigt habe, die ein ihm befreundeter Geschäftsmann damals in Anbetracht der zu erwartenden Ausreise zahlreicher Deutscher aus Westpreußen aufgemacht habe. Die von der preussischen Regierung 1919 ausgegebene Devise, die deutschen Beamten in Posen und Westpreußen sollten solange an Ort und Stelle bleiben, wie das irgend möglich sei, habe er für falsch gehalten, und gelegentlich einer Besprechung mit preuß. Regierungsvertretern habe er deutlich gesagt, er (Winkler) denke gar nicht daran, auf seinen Posten nach Graudenz (W. war von Beruf Postbeamter) zurückzukehren, um dort seine polnischen Nachfolger einzuarbeiten. Als damaliger Abgeordneter habe er sich eine solche freie Sprache erlauben können.

Im September 1919 sei dann die Nachricht gekommen, dass sein (Winklers) Plan von Preuß. und Reichs-Kabinettt gebilligt worden sei und man habe daran die Erwartung geknüpft, dass er (Winkler) die Leitung der zu bildenden Organisation übernehmen werde. Er (W.) habe jedoch vorgeschlagen, die Betreuungsarbeit für Kirche und Schule in den abgetretenen Gebieten Krahrner-Möllenberg zu

übertragen, der als Beamter der preußischen Verwaltung davon mehr verstehe, er (W.) wolle sich auf die Stützung der deutschen Presse beschränken. Zu dieser Zweiteilung der Aufgaben sei es dann auch gekommen durch 1) Gründung der Deutschen Stiftung unter der Leitung Krahmer-Möllenberg und 2) der Winklerschen Organisation zur Stützung der auslandsdeutschen Presse. Bei der (nach Winklers Erinnerung Anfang 1920 erfolgten) Gründung der Deutschen Stiftung hätten Mitglieder des Ostausschusses aus allen Parteien (mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten) rechtlich als Stifter und in der Folgezeit als parlamentarischer Vorstand bzw. Beirat der Deutschen Stiftung fungiert: Hoetzsch (Dt.nat.), Everling (Dt. Volksp.), Winkler (Demokr.), Fleischer (Zentr.), Wende (SPD). Krahmer-Möllenberg sei Geschäftsführer der Deutschen Stiftung geworden und seitdem aus dem Preuß. Innenministerium ausgeschieden. Das Reich und Preußen hätten etwa zu gleichen Teilen die von der Dt. Stiftung benötigten Mittel bestritten. Die Federführung für die Dt. Stiftung habe beim Ausw. Amt gelegen. - Bald darauf sei, allerdings in anderer Form, Winklers Organisation zur Stützung der auslandsdeutschen Presse gegründet worden. Man habe sich hierbei auf die Rechtsform einer G.m.b.H. geeinigt und auf Vorschlag des Preuß. Innenministeriums sei aus Tarnungsgründen die Bezeichnung "Concordia Literarische Anstalt G.m.b.H." gewählt worden (einer der nominellen Gesellschafter habe mit einer literarischen Verlagsanstalt etwas zu tun gehabt). In Wahrheit habe er, Winkler, mit seinem nunmehr eingerichteten Büro in Berlin praktisch allein die Geschäfte geführt. Man habe nach Möglichkeit auch vermieden, den Namen der "Concordia" überhaupt ins Spiel zu bringen. Im wesentlichen dieselben Personen, die den Vorstand der Dt. Stiftung gebildet hätten (Hoetzsch, Fleischer, Everling) seien als Beirat auch bei ihm (Winkler) tätig gewesen. Später seien hinzugekommen Hermann Dietrich für die Demokrat. Partei, und anstelle des als Polizeipräsident nach Elbing versetzten Wende, der Abg. Stücklen für die SPD. Letzterer sei besonders wertvoll gewesen, weil er fast die ganze Weimarer Zeit über stellvertretender Vorsitzender des Etat-Ausschusses im Reichstag gewesen sei. Anders als bei der Dt. Stiftung habe es keine Federführung eines preuß. oder Reichsressorts bezüglich der Arbeit Winklers gegeben. Hinsichtlich der Mittelbewilligung habe er (Winkler) vor allem mit dem Preuß. Finanzmini-

sterium (zuständiger Etatreferent: v. Schenk) und dem Reichsfinanzministerium (Etatdirektor: Graf Schlieben) zu tun gehabt, die zu je 50 % den Bedarf Winklers gedeckt hätten. Die von ihm geführten Geschäfte der "Concordia" seien lediglich vom Reichsrechnungshof kontrolliert worden, worauf er (Winkler) bei Gründung der G.m.b.H. ausdrücklich bestanden habe. 1924 sei der Reichsrechnungshof nach erstmaliger Prüfung der Unterlagen zu einem überaus lobenswerten Urteil über seine Tätigkeit gekommen: Winkler habe es nicht nur verstanden, die von Preußen und dem Reich aufgewendeten Gelder ohne Verlust einzusetzen, sondern habe währenddessen das ursprüngliche Kapital um ein Vielfaches vermehrt. Bis 1924 seien alle Geschäfte der "Concordia" auf den persönlichen Namen Winklers getätigt worden. Dann sei zur weiteren Tarnung unter seiner Leitung die Cautio Treuhandgesellschaft gegründet worden.

Ausführlich berichtete Dr. Winkler von seiner "ersten Handlung" im Januar 1920, welche zum Ankauf der Kapitalmehrheit der Saarbrücker Zeitung (der führenden dt. Zeitung im Saargebiet) geführt habe. Der bisherige Besitzer, ein gewisser Hofer, habe 2 Millionen Mark gefordert. Sein (Winklers) Beirat wie auch die beiden Finanzministerien (Preußen u. Reich) hätten sich außerstande gezeigt, diese Mittel zu beschaffen. In letzter Stunde habe sich dann in großartiger Weise der damalige Staatssekretär Albert in der Reichskanzlei für dieses Projekt eingesetzt. Albert, ein ehem. Rechtsanwalt, der lange in Amerika gelebt habe und Typ des unbürokratischen Weltmannes gewesen sei, habe, da der Reichskanzler (Fehrenbach) nicht erreichbar gewesen sei, zunächst die Zusage des damaligen Reichsfinanzministers Wirth für die Mittelbeschaffung erwirkt, wobei er sich auf das Einverständnis des in Wahrheit noch gar nicht unterrichteten Reichskanzlers berufen habe, den er dann anschließend unter Hinweis auf die Zustimmung des Reichsfinanzministers leicht gewonnen habe. Schließlich habe auf Alberts Vorstellungen hin, ~~xxxxx~~ als 3. Minister noch der Arbeitsminister Brauns seine Zustimmung gegeben. Gesichert durch diese drei Zusagen habe er (Winkler) dann buchstäblich in allerletzter Minute vor Verstreichen der gesetzten Frist (mit Hilfe von Albert sei sogar noch die Uhrzeit der Telegrammaufgabe um einige Stunden zurückdatiert worden) die tele-

graphische Zusage zum Ankauf der Saarbrücker Zeitung geben können. Die Saarbrücker Zeitung habe die Rechtsform einer Aktiengesellschaft erhalten, die in Köln gegründet worden sei. Er (Winkler) habe dabei vergeblich versucht, einige Saarindustrielle, die sich opportunistisch zurückhielten, als Gründer heranzuziehen. Da er (Winkler) mit seinem Namen bei der Gründung der AG nicht erscheinen durfte, habe man, nachdem von der Bank die Bestätigung der (aus Reichs- bzw. Preuß. Mitteln stammenden) Kapitaleinlage vorhanden war, den Hausdiener und das Stubenmädchen des Kölner Hotels, in welchem der Gründungsakt stattfand, als nominelle Gründer vorgeschoben. - Auch in der Folgezeit sei es sein (Winklers) Bestreben gewesen, allmählich die Kapitalmajorität möglichst aller namhaften auslandsdeutschen Zeitungen in die Hand zu bekommen, um sie auf diese Weise wirtschaftlich zu sichern und krisenfest zu machen. Er habe sich dabei zunächst auf die deutschen Zeitungen in den abgetretenen Gebieten und insonderheit in den Abstimmungsgebieten konzentriert, wo es am nötigsten gewesen sei, der deutschen Presse das für ihr Eintreten für die deutschen Belange notwendige wirtschaftliche Fundament zu geben. Schon bald habe er (Winkler) aber über die Abtretungsgebiete hinaus, auch die sonstige auslandsdeutsche Presse in weitestem Maße unter seine Kontrolle bekommen. Führende deutschsprachige Zeitungen, wie das Memeler Dampfboot, die Rigaische Rundschau, die Deutsche Rundschau (Bronberg) die Kattowitzer Zeitung u.a.m. habe er (Winkler) schon nach wenigen Jahren in die Hand bekommen. Er habe dabei insbesondere die Inflationszeit 1923 nutzen können, die es ihm erlaubt habe, für billiges Geld große Materialwerte in Form von Zeitungsverlagen zu erwerben. Wörtlich führte Dr. W. in diesem Zusammenhang aus: Darin habe seine Kunst gelegen: "Von Riga bis Konstantinopel habe ich alles, was deutsch gedruckt war, mit der Zeit in die Hand bekommen" [Auf meine Frage bestätigte Dr. W., dass er hierbei die 20er Jahre meinte. Es ergab sich allerdings bei genauer Nachfrage, dass dieser Ausspruch W's nicht ganz wörtlich zu nehmen ist. So mußte Dr. W. zugeben, dass z.B. die fast ganz in jüdischer Hand befindlichen Czernowitzer deutschsprachigen Zeitungen nicht von ihm angekauft worden waren]. Nachdrücklich betonte Dr. W., es sei dabei sein Prinzip gewesen,

Institut für...

dass die auslandsdeutschen Zeitungen, die in seinen Besitz übergingen, ihre bisherige politische Richtung beibehielten. Dies sei zumindest bis 1933 auch der Fall gewesen. Er (Winkler) habe nie auf die parteipolitische Richtung eines von ihm aufgekauften Blattes Einfluß genommen, sondern es habe ihm genügt, wenn die betreffenden Blätter eine klare deutsche Gesinnung zeigten und vertraten. So hätten beispielsweise nebeneinander das Memeler Dampfboot (als Organ der Memeldeutschen Volkspartei) und die Memelländ. Rundschau (als Organ der Memelländ. Landwirtschaftspartei) weiterhin ihre politische Richtung vertreten können, obwohl beide ihm gehörten. Meist hätten die einzelnen Zeitungen voneinander gar nicht gewußt, dass hinter den verschiedenen Tarngesellschaften derselbe Besitzer stand. Weil er an diesem Prinzip festgehalten habe, sei es auch zwischen den Vertretern der verschiedenen Parteien in seinem Beirat nie zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Es sei sein besonderer Stolz, dass nicht eine der von ihm angeregten und durchgeführten Zeitungsaufkäufe zu Mißhelligkeiten im Beirat geführt habe. Um dem möglichst von vornherein zu begegnen, sei er übrigens so verfahren, dass z.B. er den (von ihm-Winkler-stammenden) Vorschlag zum Ankauf einer sozialdemokratischen deutschen Zeitung im Ausland im Beirat möglichst von Vertretern der Deutschnationalen oder des Zentrums und umgekehrt, den Ankauf einer Zentrumszeitung von Vertretern der SPD einbringen lassen habe. Formell habe somit immer der Beirat einstimmig die von ihm (Winkler) getätigten geschäftlichen Transaktionen beschlossen, wenn auch in Wahrheit er allein alles/<sup>Wesentliche</sup> gemacht habe. Der Beirat habe absolutes Vertrauen in seine Geschäftsführung gehabt, und ihn unangefochten schalten und walten lassen. Auf meine Frage, wie denn die Mittelbewilligung für die Finanzkontore Winklers im Reichstag vonstatten gegangen sei, ohne dass es zu Debatten über die ja geheimzuhaltende Tätigkeit Winklers kam, erklärte Dr. W.: Die ihm vom Reiche zur Verfügung gestellten Mittel, seien im Reichshaushalt als eine bloße Nummer-Position unter dem Etat des Auswärtigen Amtes geführt worden. Wenn diese Position im Haushaltsausschuß zur Sprache gekommen sei, habe das in seinem Beirat vertretene Ausschußmitglied (meist der SPD-Abgeordnete Stücklen) regelmäßig erklärt, hierbei handele es sich um Sonderausgaben, über die bereits eine Einigung zwischen den Parteien erzielt worden sei, was insofern den Tatsachen entsprach, als

die Parteien im Beirat Winklers vertreten waren und gemeinsam die Mittel anforderten), es brauche deshalb hierüber nicht mehr diskutiert werden. So sei es über die ihm (Winkler) vom Reiche bewilligten Mittel weder im Haushaltsausschuß noch im Plenum des Reichstages je zu einer Diskussion gekommen. - Bezüglich der Beziehungen, die sich aufgrund der umgewandelten Besitzverhältnisse zu den auslandsdeutschen Verlegern und Zeitungsredaktionen ergaben, führte Dr. W. auf meine Frage u.a. aus: Als Äquivalent für das an ihn (Winkler) bzw. das Reich abgetretene Verlagsvermögen habe er den auslandsdeutschen Verlegern, die in der Regel als seine Beauftragten ihre Geschäfte weiterführten, Besitz im Reich, meist Grundstücksvermögen, verschafft, das ihnen insofern auch willkommen gewesen sei, als es ihnen - wenn die Verhältnisse es nötig machen sollten - jederzeit im Reiche eine Existenz sicherte. Auf ähnliche Weise habe er auch die volksdeutschen Zeitungsredakteure zu sichern gesucht, indem er ihnen bei Verbot ihres Blattes, oder, was nicht selten vorkam, bei zeitweiligen Verhaftungen, das Gehalt verbesserte und teilweise verdoppelte, um sie bei der Stange zu halten, und sie gegen den Druck der poln., tschech. oder anderer Behörden wirtschaftlich immun zu machen. In denjenigen Fällen, wo ein Redakteur ernstlich bedroht war und ihm ein Verbleiben auf seinem Posten nicht mehr zuzumuten gewesen sei, habe er (Winkler) für die Abberufung des Betreffenden gesorgt und meist sei es ihm (Winkler) gelungen, solche volksdeutschen Redakteure dann in der reichsdeutschen Presse unterzubringen. Dr. Winkler erwähnte in diesem Zusammenhang, dass er schon in der Weimarer Zeit verschiedentlich auch innenpolitische Aufträge der Regierung erhalten habe. So habe er 1924 nach dem Tode von Hugo Stinnes die DAZ für die Preußische Regierung aufgekauft. Nach einigen Jahren sei es aber deswegen zu Zwistigkeiten zwischen ihm und dem Preuß. Ministerpräsidenten Braun gekommen, welcher die politische Linie der DAZ bemängelt habe. Er (Winkler) habe Braun gegenüber den Standpunkt vertreten, die DAZ müsse bleiben, was sie war, er könne sie nicht in ein SPD-Organ verwandeln. Daraufhin habe Braun erwidert: Dann nehmen Sie die DAZ wieder zurück. Er (Winkler) habe dies getan, und habe die DAZ nunmehr an Stresemann verkauft. Mit diesem hätten sich aber nach einiger Zeit dieselben Schwierigkeiten ergeben,

was ihn (Winkler) schließlich veranlaßt habe, die DAZ wieder an die Stinnes-Erben zurückzuverkaufen.

Im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung der Stützungsarbeit zugunsten des Auslandsdeutschtums in der Weimarer Zeit, führte Dr. Winkler sodann aus: Im Jahre 1925 habe es sich gezeigt, dass in den abgetretenen Gebieten mit einer Betreuung der deutschen Schule, der Kirche und der Presse nicht auszukommen gewesen sei. Krahmer-Möllenberg und ihm (Winkler) sei damals klar geworden, dass die Absicht der Erhaltung des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten, vor allem auch eine Unterstützung des deutschen Grundbesitzes in Polen notwendig mache. Die Lage des deutschen Grundbesitzes sei zu dieser Zeit dadurch besonders kritisch geworden, dass im Zusammenhang mit der polnischen Agrarreformgesetzgebung die polnische Nationalbank ab 1925 keine Wechsel auf Namen von deutschstämmigen Personen mehr angenommen habe. Der kreditbedürftige deutsche Grundbesitz drohte dadurch "Pleite zu gehen". Um den vom wirtschaftlichen Ruin bedrohten deutschen Grundbesitz vor allem in Polen (aber auch anderswo: z.B. Tschechoslowakei) aus Reichs- bzw. preußischen Mitteln auf unauffällige Weise Kredit zu geben, sei daraufhin (vor allem auch dank Stresemanns Eintreten im Reichskabinett für diese Angelegenheit) 1925 nach vorbereitenden Gesprächen mit holländischen Interessenten in Holland die "Holländische Buitenland-Bank" (Vorsitzender Dr. Dirk van Houten) mit 5 Millionen Holland-Gulden eröffnet worden. Über 50 Prozent ihres Kapitals habe Preußen und das Reich besessen (zur Verschleierung dieser Herkunft wurde 1926 als weiteres von Winkler geleitetes Finanzkontor die Ossa-Vermittlungs- u. Handelsgesellschaft m.b.H. gegründet). Von der Buitenland-Bank seien die für die Kreditierung und Umschuldung des volkdeut. Grundbesitzes in Polen bestimmten Gelder meist über die zu diesem Zweck gegründete Landwirtschaftliche Bank in Danzig (Winkler: Diese war nur ein "Briefkasten der Buitenland-Bank") zu den Volksdeutschen gelangt. Den Polen sei die Aktivität der Buitenland-Bank zwar nicht unverborgen geblieben, sie hätten wohl sicherlich dahinter deutsche Gelder vermutet, doch hätten sie dagegen nichts einwenden können. Die Buitenland-Bank habe nicht nur einen holländischen Geschäftsführer, sondern auch einen

holländischen Aufsichtsrat gehabt, so dass sie klar als holländisches Unternehmen ausgewiesen werden konnte. Eine ähnliche Bankgründung im Ausland zur Tarnung der Stützungsarbeit sei die später mit Reichsgeldern in der Schweiz errichtete Bank Vogelsang (Zürich) gewesen. Ihr Inhaber, ein Schweizer Rechtsanwalt, über den vor allem die Unterstützung des Deutschtums in Nordschleswig (mit Hilfe einer Vogelsangschen Bankfiliale in Apenrade) geschehen sei, habe bis nach 1945 die reichsdeutsche Herkunft seiner Gelder verschwiegen. Erst nach dreijähriger Haft in Apenrade nach 1945 habe man ihm das Geständnis, dass er reichsdeutsche Gelder nach Dänemark vermittelt habe, abpressen können.

Die Unterredung mit Dr. Winkler mußte aus Zeitgründen hier abgebrochen werden, sie soll baldmöglichst fortgesetzt werden. Dr. Winkler, der jetzt 85 Jahre alt ist, hat zwar gegenwärtig mit einem Augenleiden zu schaffen (er will sich demnächst am grauen Star operieren lassen), macht aber sonst trotz seines hohen Alters einen noch ziemlich rüstigen Eindruck, der ihn erheblich jünger erscheinen läßt (als straffe, beinahe asketische Erscheinung Adenauer vergleichbar). Seine bisher offenbar vorherrschende Abneigung gegen eine Enthüllung seiner Tätigkeit scheint nach meinem Eindruck ein wenig durch den begreiflichen Alterswunsch zurückgedrängt zu sein, sein jahrzehntelang verborgenes Lebenswerk, irgendwo einmal dargestellt und gewürdigt zu sehen. Er gab mir zu erkennen, dass er dem Gedanken, seine Erinnerungen zu fixieren (wozu ihn u.a. Dr. Mommsen vom Bundesarchiv gedrängt habe) seit einiger Zeit nähergetreten sei. In einigen Monaten wolle er sich ganz von seinen Geschäften zurückziehen und hoffe dann, hierfür Zeit zu haben. Er denke dabei jedoch nicht an eine Autobiographie, sondern möchte einen Biographen gewinnen (hierkam sehr andeutungsweise beinahe eine Offerte zum Ausdruck, auf die ich aber nicht einging) der seine (Winklers) Erinnerungen in die Form einer Lebensbeschreibung umarbeiten könne und auch imstande sei, Daten und historische Fakten aufgrund von Quellenunterlagen beizusteuern bzw. seine (Winklers) Erinnerungen auf diese Weise zu ergänzen und zu korrigieren. Schriftliches Material über seine Tätigkeit besitze er nicht mehr. Es wurde dann im weiteren Gespräch deutlich, dass Dr. W. schon versucht hat, den ihm offensichtlich eng vertrauten Gottfried Starke (chem. Chefredakteur der Dt. Rundschau in Brom-

berg, jetzt in der Ostabteilung im Auswärtigen Amt), den er [was auf einige Naivität bzw. Einseitigkeit schließen läßt] für den "hervorragendsten Kenner" der deutschen Volkstumsprobleme hält, hierfür heranzuziehen. Vorläufig sei Starke hierzu aufgrund seiner Tätigkeit in Bonn aber nicht in der Lage, er hoffe, dass sich dies jedoch nach der möglicherweise nahe bevorstehenden Pensionierung Starkes verwirklichen lasse.

München, 21.4.1960

M. Broszat  
(Dr. M. Broszat)

Institut für Zeitgeschichte